

# 912 TAGE

BILANZ ZUR HALBZEIT DER LEGISLATURPERIODE 2019 BIS 2024





## EDITORIAL

Sebastian Walter

Seite 6 – 9

**MARLEN BLOCK**

Interview

Bilanz – **Inneres, Recht und Justiz**

Seite 14 – 17

**KATHRIN DANNENBERG**

Interview

Bilanz – **Bildung, Kinder und Jugend, Minderheiten**

Seite 22 – 25

**BETTINA FORTUNATO**

Interview

Bilanz – **Europa und Entwicklung, Frauen, Familie und Gleichstellung, Senioren**

Seite 30 – 33

**RONNY KRETSCHMER**

Interview

Bilanz – **Haushalt und Pflege, Gesundheit und Finanzen**

Seite 38 – 41

**ISABELLE VANDRE**

Interview

Bilanz – **Mieten und Wohnen, Hochschule, Wissenschaft und Forschung, Kultur**

Seite 10 – 13

**ANDREAS BÜTTNER**

Interview

Bilanz – **Verkehr und Infrastruktur, Soziales, Inklusion**

Seite 18 – 21

**THOMAS DOMRES**

Interview

Bilanz – **Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft, Medien**

Seite 26 – 29

**ANDREA JOHLIGE**

Interview

Bilanz – **Migration und Integration, Antifaschismus, Kommunales**

Seite 34 – 37

**ANKE SCHWARZENBERG**

Interview

Bilanz – **Strukturwandel Lausitz, Ländliche Entwicklung und Regionalplanung, Tourismus**

Seite 42 – 45

**SEBASTIAN WALTER**

Interview

Bilanz – **Arbeit, Wirtschaft und Energie, Flughafen BER**



Sebastian Walter  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

# EDITORIAL

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als die brandenburgische Linksfraktion im September 2019 zu ihrer ersten Fraktionssitzung der siebten Wahlperiode zusammentrat, blickte ich in erschöpfte, enttäuschte und vor allem fragende Gesichter. Allen Mühen des Wahlkampfes zum Trotz konnten an diesem Vormittag nur noch zehn Abgeordnete im nun endgültig zu groß gewordenen Sitzungsaal Platz nehmen. Zumindest 17 waren es in der vorherigen Fraktion noch gewesen, in Spitzenzeiten gar 29. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger hatten am Sonntag zuvor nicht nur der märkischen LINKEN ihre bis dahin schwerste Wahlniederlage beschert, sondern auch das zehnjährige Kapitel der rot-roten Landesregierung beendet. Hinweggefeht war überdies die seit 1990 durchgängig vorhandene, breite strukturelle mitte-links Mehrheit im Land. Die Weichen waren neu gestellt.

**Schon in den Jahren zuvor** hatte sich eine Neuordnung des bundesrepublikanischen Parteiensystems angekündigt. Die Zeit der Volksparteien neigte sich dem Ende und neue Akteur\*innen sorgten für eine Zersplitterung des alten Gefüges. Der Rechtsruck in der Gesellschaft tat hier nur sein Übriges. Zunehmend schwieriger wird es dadurch, demokra-

tische Mehrheiten zu finden, die nicht nur von der Arithmetik getragen werden, sondern von einer gemeinsamen Idee für die künftige Gestaltung eines Landes. Mit der Bildung einer Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grünen trat auch Brandenburg in diese Phase ein.

Vom ersten Tag an machte die neue Regierung deutlich, dass sie keinerlei Ambitionen besitzt, dieses Land wirklich zu gestalten. Hinter den großen und wohlklingenden Überschriften im Koalitionsvertrag fand sich in den allermeisten Fällen nur eines: heiße Luft. Anstelle eines gemeinsamen Plans gab es ein Kleinklein an unzusammenhängenden Projekten zur Befriedigung der sich im Kern so oft widerstrebenden Interessen der jeweiligen Koalitionäre – einzig ermöglicht und zusammengehalten durch prall gefüllte Kassen. So verwundert es nicht, dass die finanziellen Rücklagen des Landes als erstes dran glauben mussten. Wohlgemerkt: Schon bevor die Corona-Krise Brandenburg ereilte.

**Die Herausforderungen** aber, vor denen ein sich so rasch wandelndes und entwickelndes Land wie Brandenburg steht, dulden keinen Aufschub! Brandenburg wächst – und das ist gut so. In den zehn Jahren der gemeinsamen Regierungsarbeit haben wir hierfür erfolgreich die Grundlage geschaffen. Doch wenn Wachstum nicht durch Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur begleitet wird, produziert es zwangsläufig Verlierer. Genau das erleben wir gerade. So steigen die Mieten, ebenso die Kaufpreise für Bauland und Eigenheime; vielerorts werden Kitaplätze knapp, es fehlt an Schulen und die Verkehrsinfrastruktur gerät an ihre Grenzen. Den Kommunen fehlt das Geld, mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten. Gleichzeitig stagnieren die Löhne der Beschäftigten auf niedrigem Niveau und mit der galoppierenden Inflation schmilzt vielen das ohnehin knapp bemessene Einkommen noch zusätzlich dahin. Diese Probleme sind nicht naturgegeben, sie sind die Folge von

politischen Entscheidungen. Genauer: Von Nicht-Entscheidungen.

**Die Kenia-Koalition**, das hat sie ein ums andere Mal deutlich gemacht, verstand sich nie als handelnde Akteurin in diesen Prozessen. Statt einzugreifen, steht sie am Spielfeldrand und hofft, dass sich all die Probleme von selbst lösen. Die magische Hand des Marktes werde es schon richten. Und wenn nicht, sind da ja immer noch der Bund oder die Kommunen, denen man den schwarzen Peter zuschieben kann. Die Koalition begreift dabei nicht, dass dies in der Konsequenz sogar dazu führen kann, dass das Wachstum wieder abebbt – weil Menschen das Wohnen zu teuer und die Wege zu beschwerlich werden, es an Lebensqualität fehlt. Wir drohen damit, unsere mühsam erarbeiteten Errungenschaften zu verspielen. Mehr noch: Diese Entwicklung ist eine Gefahr für das soziale Zusammenleben, für das Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensbedingungen und schlussendlich für unsere Demokratie.

**Die Corona-Pandemie** hat diese Entwicklungen zusätzlich befeuert. Das Virus hat nämlich mitnichten nur das politische Tagesgeschäft über zwei Jahre hinweg dominiert, sondern zugleich grundsätzliche Fragen in den Mittelpunkt gerückt – den Finger gewissermaßen in die Wunde gelegt: von der verschleppten Digitalisierung, über die chronische Unterfinanzierung im Gesundheitswesen oder der fehlenden Absicherung ganzer Berufszweige bis hin zu den eklatanten Lücken der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Probleme sind tiefgreifend – auch in Brandenburg.

**Immer wieder haben wir** deshalb darauf gedrungen, nicht nur planvoll mit der akuten Krise umzugehen, sondern auch Maßnahmen zu ergreifen, unsere Gesellschaft für künftige Erschütterungen resilient zu gestalten. Ganz konkret im Kleinen, wenn wir um Hilfen

für Solo-Selbstständige oder den Erhalt der Schulkrankenschwestern gestritten haben. Aber auch im Großen, wenn wir für den Rückkauf der einstmals privatisierten Kliniken oder eine grundlegende Reform unserer sozialen Sicherungssysteme warben. Denn so viel ist sicher: Die nächste Krise kommt bestimmt. Und Corona hat uns eindrücklicher denn je vor Augen geführt, dass besonders jene Bereiche der Gesellschaft dafür anfällig sind, aus denen sich der Staat in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive zurückgezogen hat.

**Mit der Klimakrise** stehen uns bereits die nächsten Herausforderungen ins Haus. Kaum ein Land wird so sehr vom ökologischen Umbau seiner Wirtschaft betroffen sein wie Brandenburg. Während die einen hoffnungsvoll auf diese Veränderungen blicken, spüren die anderen Unsicherheit und Angst. Zu oft wurden sie bereits von gesellschaftlichen Entwicklungen überrollt, bei denen sie nicht mitentscheiden durften, am Ende aber die Zeche zahlen mussten – nicht abstrakt, sondern sehr konkret. Sie fürchten die erneute Arbeitslosigkeit und eine damit einhergehende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen; ihre Heimatregion und damit ihr soziales Umfeld zu verlieren. Wir wissen: Veränderungen sind politisch gestaltbar – doch dafür braucht es gesellschaftlichen Druck. Die Maßnahmen, welche die Politik heute ergreift – oder auch nicht – und die Frage, wie die Betroffenen in die Prozesse einbezogen werden, entscheiden nicht nur darüber, ob wir eine Klimakatastrophe abwenden können, sondern auch, ob die Gesellschaft im dafür notwendigen Umbau weiter auseinanderdriftet oder durch die Einlösung eines sozialen Versprechens wieder zusammenfinden kann. Wir sind überzeugt: Nur ein starker, gut aufgestellter und demokratisierter Staat kann Sicherheit im Wandel garantieren.

**Sie sehen, es ist viel zu tun!** Und so blieb unserer Fraktion auch nur wenig Zeit, sich in

der neuen, alten Rolle als faktische Oppositionsführerin zurechtzufinden. Trotzig gingen wir also an die Arbeit, beseelt vom gemeinsamen und unbedingten Willen, dieses Land auch aus der Opposition heraus zu gestalten, es gerechter zu machen und lebenswert zu erhalten. Wenn eine politische Kraft aus ihrer Geschichte heraus bewiesen hat, dass dies möglich ist, so ist es DIE LINKE mit ihrer Vorgängerin der PDS. Diese proklamierte seinerzeit nicht zu Unrecht: „Veränderung beginnt mit Opposition“. Opposition aber, das schrieb schon Lothar Bisky, „bedeutet nicht, als Njet-Maschine zu funktionieren“. Vielmehr heißt es, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie wir das alltägliche Leben der Menschen verbessern können. Genau hier sehen wir unsere Chance, wieder stärker zu werden. Sozialistische Politik schließlich war immer dann gefragt, wenn sie mit ihren Forderungen nicht neben der Gesellschaft stand, sondern sie aus ihr heraus auf die politische Bühne hob.

**Zur Hälfte der Legislatur** wollen wir nun eine erste Zwischenbilanz ziehen und Sie einladen, dies mit uns zu tun. Auf den nachfolgenden Seiten haben wir unsere zentralen Initiativen für Sie aufbereitet und unsere Abgeordneten zum Interview gebeten. Wir wollen aufzeigen, wohin die Reise in diesem Land gehen kann und worauf es uns dabei ankommt.

**Die Geschichte linker Parteien**, so viel bleibt abschließend zu sagen, war nie nur eine Geschichte von Erfolgen. Sie war immer auch eine Geschichte von Rückschlägen und herben Niederlagen. Aus ihnen zu lernen und sie als Auftrag zu verstehen, daraus erst erwuchs die Stärke der sozialistischen Bewegung. Dies gilt heute genauso wie immer. Voller Elan starten wir daher in die zweite Hälfte dieser Legislatur. Denn eines ist sicher: Die brandenburgische LINKE wird gebraucht!

A portrait of a woman with long brown hair, wearing a bright red blazer over a black top. She is looking directly at the camera with a neutral expression. The background is dark blue.

**«Demokratie  
braucht einen  
funktionierenden  
Rechtsstaat.»»**

# Marlen BLOCK

## INTERVIEW

**Liebe Marlen, Du bist das erste Mal als Abgeordnete in den Landtag eingezogen. Was hast Du nicht kommen sehen?**

So wie wir alle habe ich die Pandemie und ihre Folgen für unser Leben und für die politische Arbeit nicht kommen sehen. Im Landtag selbst hat mich das oft rein machttaktische Agieren der Koalition und das geschäftsmäßige Ablehnen unserer Anträge überrascht.

**Und was hat Dich besonders geärgert?**

Die fehlende Bereitschaft, auf Bedenken von Fachleuten und Betroffenen zu hören – etwa bei der Reform der Arbeitsgerichte und der Abschaffung der Schulkrankenschwestern. Und auch hier wieder die reine Machtpolitik. Keine Fehlerkultur bei der Koalition!

**Als Sprecherin für Justiz und Recht stehst Du für Themen, die oft schwer verständlich wirken. Einfach, weil sie oft**

**fern von der Lebensrealität zu sein scheinen und sprachlich meist sperrig sind. Oder würdest Du das anders sehen?**

Rechts- und Innenpolitik haben das Problem, meist nur dann in die Öffentlichkeit zu rücken, wenn es um Skandale geht. Dabei ist ein funktionierender Rechtsstaat elementarer Bestandteil unserer Demokratie. In der Innenpolitik ist ein kritischer Blick auf Machtstrukturen und deren demokratische Kontrolle besonders wichtig. Eine linke Justiz- und Innenpolitik verständlich zu machen, sehe ich als wesentlichen Teil meiner Aufgabe. Zum Beispiel durch Dialog und Veranstaltungen.

**Rückblickend auf die letzten 2,5 Jahre, hattest Du Glücksmomente in Deiner Arbeit?**

Ja natürlich, ich bin jemand, den auch kleine Erfolge beflügeln. Ein solcher Moment war das gemeinsame Fachgespräch von Rechts- und Gesundheitsausschuss zum Maßregelvollzug – um ihn zu erreichen, hat es viel Überzeugungsarbeit gebraucht. Auch die Gespräche mit Leuten aus der Justiz und mit Betroffenen, weil es immer wichtig ist, denen zuzuhören, für die man hier Politik macht. Und natürlich macht es glücklich, sich neuen Aufgaben zu stellen: Die erste Rede, die erste Sitzungsleitung, das erste Interview...

**Sicher hast Du noch längst nicht alle Themen ins Plenum bringen können, und bist noch voller Ideen, für die kommenden Jahre?**

Ganz klar! Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel die Entwicklung demokratischer Prozesse im Parlament. Ein weiteres Thema ist aktuell die Entkriminalisierung von Cannabis. Nun hat ja sogar die Bundespolitik erkannt, dass das ein notwendiger Schritt ist, auch wenn sie sich anscheinend doch noch nicht trauen, ihn auch zu gehen. Wichtig finde ich auch Politische Bildung und Fortbildungen im Öffentlichen Dienst.

**Neben Deiner Abgeordnetentätigkeit bist Du auch weiterhin als Rechtsanwältin aktiv. Ist Dir das wichtig, zum Beispiel um nicht den Blick auf die „Welt da draußen“ zu verlieren?**

Ja. Es ist mir immens wichtig, mit Menschen in Kontakt zu bleiben, die weder wie die Abgeordneten täglich einen Pressespiegel lesen, noch viel von der Arbeit des Landtags mitbekommen. Eben mit den Menschen, für die ich Politik mache. Die Arbeit als Abgeordnete ist ein Privileg und eine Aufgabe auf Zeit. Auch das ist ein Grund, weiter ein Bein im normalen Beruf zu behalten.

# Marlen BLOCK

## BILANZ

### **Öffentliche Sicherheit und Datenschutz gehören zusammen**

In der ersten Hälfte der Wahlperiode hat es die Koalition nicht vermocht, klare Punkte bei den Themen Datenschutz und öffentliche Sicherheit zu setzen. Nachdem die Polizei in Brandenburg offenbar über Jahre die Kennzeichen aller Autofahrer im Land mit dem Kennzeichen-Erfassungssystem KESY aufgezeichnet hat, musste dieses Verfahren im Sommer 2021 beendet werden. Wir hatten dieses Ende zuvor mehrfach angemahnt; unser Antrag, den KESY-Aufzeichnungsmodus mangels ausreichender Rechtsgrundlage einzustellen, war jedoch abgelehnt worden.

Für besseren Datenschutz hatten wir vorgeschlagen, Brandenburg solle sich dem Berliner Funkzellen-Transparenzsystem anschließen. Dies kann Interessierte seit 2018 benachrichtigen, wenn ihre Handydaten nach einer Funkzellenabfrage bei der Polizei landen. Warum? Weil Verkehrsdaten, die wir mit unseren Smartphones immer hinterlassen, inzwischen ein begehrtes Gut geworden sind – für Firmen, aber auch für Behörden.

Eigentlich dürfen Funkzellenabfragen nur bei schweren Straftaten durchgeführt werden, doch sie sind mittlerweile zum Standardinstrument geworden. Für Bürgerinnen und Bürger ist bisher kaum zu überprüfen, wie oft und wieso ihre Standortdaten erfasst werden. Das halten wir für ein erhebliches Informationsdefizit. Denn Information und Kontrolle der staatlichen Stellen ist Grundlage eines demokratischen Gemeinwesens.

Ein wichtiges Vorhaben der Koalition war die Einführung eines Polizeibeauftragten. Sie hat es jedoch nicht geschafft, hier etwas auf den Weg zu bringen – also haben wir Ende 2020 einen Gesetzentwurf für einen Polizeibeauftragten beim Landtag eingebracht. Dieser Vorschlag unterschied sich deutlich vom Vorhaben der Koalition: Bürgerinnen und Bürger, aber auch Polizistinnen und Polizisten, sollten die Möglichkeit bekommen, sich an einen unabhängigen Polizeibeauftragten zu wenden, wenn sie Hinweise auf rechtswidriges Verhalten von Polizeibeamten haben oder sonstige Probleme mit der Polizei feststellen.

Weil die Polizei als Trägerin des Gewaltmonopols besonders im öffentlichen Fokus steht, sollte der Polizeibeauftragte beim Landtag angesiedelt und für sechs Jahre gewählt werden. Er sollte unabhängig arbeiten können und auch selbstständige Ermittlungsbefugnisse haben, um effektive Kontrolle zu sichern. Unser Gesetzentwurf wurde im März 2021

abgelehnt – die Koalitionsfraktionen, beraten zwar seit mehr als einem Jahr, haben es bisher aber nicht geschafft, etwas Substanzielles vorzulegen.

## Recht und Justiz müssen nah an den Menschen sein

Leider konnten wir die Schließung der Arbeitsgerichtsstandorte in Potsdam und Senftenberg zum Jahr 2023 nicht verhindern. Ein Erfolg war jedoch der Erhalt des Standortes Eberswalde als Außenkammer. Demonstrationen, Aufrufe von Gewerkschaften, Richter\*innen und anderen zeigten hier Wirkung. Gerichte sind für uns Teil der staatlichen Daseinsfürsorge, sie müssen vor Ort und gut erreichbar sein und sollten nur bedingt wirtschaftlichen Betrachtungen unterworfen werden. Je weniger Gerichtsstandorte es gibt, desto schwieriger ist es für Beschäftigte, ihre Rechte zu wahren.

Vor allem die Schließung des größten Arbeitsgerichts, dem in der Landeshauptstadt Potsdam, und dessen Verlagerung nach Brandenburg an der Havel ist fachlich nicht begründbar. Die vom Justizministerium geplanten Gerichtstage sollen Bürgernähe suggerieren, sind jedoch kein Ersatz. Wir hatten einen eigenen Änderungsantrag eingebracht, um alle Standorte zu erhalten und Flexibilität für kleine Arbeitsgerichte zu schaffen. Er wurde von der Koalition abgelehnt.

Der Maßregelvollzug, in dem psychisch kranke bzw. suchtkranke Straftäter untergebracht werden, ist das ungeliebte Stiefkind der Justiz. Immer noch ist die Unterbringung dieser Menschen in Brandenburg Aufgabe von Kliniken, und diese unterstehen der Aufsicht des Gesundheitsministeriums. Vor mehr als 15 Jahren wurden die Maßregelvollzüge privatisiert. Über Einweisung und Entlassung der Unterbrachten entscheiden jedoch die Gerichte und Staatsanwaltschaften. Es gelang uns, gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen ein Fachgespräch des Gesundheits- und Rechtsausschusses durchzuführen, indem etwa die Gründe für die überlange Unterbringung in Brandenburg beleuchtet wurden. Im Ergebnis wurde zum Beispiel vorgeschlagen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit und Fortbildung für Jurist\*innen und den Ausbau ambulanter Unterbringungsformen zu verbessern. Ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Ein besonderes soziales Problem sehen wir im Umgang der Justiz mit den Ersatzfreiheitsstrafen. Wir haben gefordert, dass kurze Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen in der Pandemie ausgesetzt werden – solange, bis sich die Lage stabilisiert hat; mindestens bis Ende März 2022. Zugleich sollte sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Überarbeitung des Systems einsetzen. Denn der Hauptgrund für Ersatzfreiheitsstrafen ist schlicht Armut – durch Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit oder Sucht. Deshalb setzen wir uns dafür ein,

Bagatelldelikte wie Schwarzfahren oder das „Containern“ zu entkriminalisieren. Deren Unrechtsgehalt ist gering, die sozialen Folgen einer Haft wiegen schwer und die Kosten für den Landeshaushalt sind unverhältnismäßig hoch.

Mit dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist nach langen Jahren der Auseinandersetzung, die Legalisierung von Cannabis in greifbare Nähe gerückt. Viele Menschen und Institutionen in Brandenburg haben sich über viele Jahre für dieses Ziel eingesetzt. Bis es zu einer gültigen Regelung kommt, wird es aber noch eine ganze Weile dauern – und es kann nicht sein, Cannabis-Konsument\*innen bis dahin kriminalisiert werden. Wir haben deshalb beantragt, die Kriminalisierung von Cannabis-Konsument\*innen mit landesrechtlichen Mitteln sofort zu beenden und Angebote für Prävention und sogenanntes Drug-Checking (Prüfung von gekauften Drogen) zu schaffen. Auch das wurde im Dezember 2021 von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

A middle-aged man with short, light brown hair and black-rimmed glasses is seated, looking slightly off-camera to the right. He is wearing a dark navy blue suit jacket over a white button-down shirt. His hands are clasped in his lap. The background is a solid, dark blue.

**« Altersarmut ist ein  
Riesenproblem. »**

# Andreas BÜTTNER

## INTERVIEW

**Andreas, Du bist von Hause aus Polizist und warst dann in der ersten Zeit als Abgeordneter für Innenpolitik zuständig, auch Vorsitzender des Ausschusses. Gab es Momente, wo Theorie im Landtag und Praxis in Uniform überhaupt nicht zusammengepasst haben?**

Ja, zum Beispiel wenn Leute über Polizeieinsätze reden, die nicht im Ansatz wissen, was Polizei da überhaupt macht. Die Polizei rennt ja nicht durch die Gegend und fragt sich, wen man heute ärgern könne, sondern hat einen klaren Auftrag: nämlich die rechtstaatliche Ordnung zu sichern. Sie muss von einem Parlament kritisch-konstruktiv begleitet werden. Da wünsche ich mir manchmal mehr Praxis-bezogenheit.

**Hast Du ein Beispiel?**

Ich halte die Einführung von Tasern bei der Polizei für falsch. Polizei und Justiz beraten darüber lange. So viel Zeit habe ich in einem Einsatz aber nicht. Da muss ich mich in Sekunden zwischen Taser oder Waffe entschei-

den und das in einer Ausnahmesituation. Zumindest rechtlich muss man dann den Taser anders einordnen als eine Schusswaffe – so viel zu Theorie und Praxis.

**Rückblickend auf die vergangenen zweieinhalb Jahre – ist Dir ein parlamentarischer Erfolg besonders im Gedächtnis?**

Nach dem furchtbaren Anschlag in Halle habe ich einen Antrag für besseren Schutz des jüdischen Lebens in Brandenburg initiiert, der letztlich im Januar 2020 von allen demokratischen Fraktionen ins Parlament eingebracht, diskutiert und beschlossen wurde. Darüber habe ich mehr sehr gefreut und es war ein wichtiges politisches Signal.

**Seit kurzem bist Du für die sozialpolitischen Themen in der Fraktion zuständig. Was steht auf Deiner To-Do-Liste bis zum Ende der Legislatur 2024?**

Wir werden uns noch stärker mit der Armut in diesem Land beschäftigen. Es wird bald sehr viel Altersarmut durch gebrochene Erwerbsbiografien geben. Darum müssen wir uns kümmern, soweit dies auf Landesebene möglich ist. Aber auch das Thema Wohnungslosigkeit muss noch stärker in unseren Focus rücken.

Auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist mir wichtig, deswegen werde ich mich stärker um die Barrierefreiheit kümmern.

**Die Uckermark ist seit 25 Jahren Deine Heimat. Worum kümmerst Du Dich dort vor allem?**

Da geht es um die Sanierung von Landstraßen, von denen hat die Uckermark ja viele. Oder die angedachten Erdgasbohrungen in meinem Wahlkreis, die sich mit dem großen Bürgerprotest vor Ort aber hoffentlich erledigt haben. Oder um den Schutz der Unterkunft für unsere Anglervereine.

Wir brauchen in der Uckermark eine schnelle Bahnstrecke nach Berlin und die zwischen Templin und Eberswalde muss gesichert werden. Nur wenn wir Mobilität ermöglichen, kann die Entwicklung auch weitergehen.

**Du bist Vater von 4 Kindern. Bleibt bei allem noch ein bisschen Zeit für die Familie?**

Mein großer Sohn ist mittlerweile 18 und ausgezogen, was aber nur bedeutet, dass seine Freundin nun so etwas wie ein fünftes Kind für mich ist und die Fahrwege zum Helfen länger geworden sind. Zeit mit der Familie ist immer knapp, aber ich ermögliche sie. Auch Abgeordnete haben mal ein privates Leben.



# Andreas BÜTTNER

## BILANZ

### **Die sozial-ökologische Verkehrswende voranbringen**

Seit Beginn der Landtagswahl kämpfen wir aus der Opposition heraus für eine soziale, ökologische und klimagerechte Mobilität. Doch bereits zur Halbzeit der Legislaturperiode zeichnet sich ab, dass es mit dieser Landesregierung kaum Verbesserungen in der Verkehrspolitik geben wird: Die Koalition hat sich von ihren Versprechen verabschiedet, ein 365-Euro-Ticket zu prüfen, das Schülerticket weiterzuentwickeln, stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren oder die Zuschüsse zum kommunalen ÖPNV dauerhaft zu erhöhen. Unsere Anträge zur besseren Finanzierung des ÖPNV, die so dringend nötig wäre, hat sie abgelehnt. Anstatt beherzte Schritte zu gehen, bewegt sich die Koalition auch beim Ausbau von Schienenprojekten nur im Schneckentempo fort. Um den Prozess zu beschleunigen, haben wir die Gründung einer gemeinsamen Planungsgesellschaft mit Berlin und der Deutschen Bahn beantragt, was die Regierungsfaktionen und die AfD ablehnten. Seit Beginn der Pandemie haben wir uns außerdem dafür stark gemacht, dass es keine Fahrpreiserhö-

hung bei Bus und Bahn geben soll, sondern Gutschriften für den Ausgleich von im Lockdown nicht genutzten Fahrkarten. Zudem forderten wir die Einführung wirklich flexibler, fairer Ticketmodelle für die vielen Menschen, die nur noch unregelmäßig zur Arbeit pendeln. Ebenso haben wir uns auf die Seite der Studierenden gestellt, um die Erhöhung der Semesterticketpreise zu verhindern.

Unabhängig von der Pandemie forderten wir die Weiterentwicklung des Sozialtickets, aber auch dies wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt. An das Sozialticket legten sie sogar erneut die Axt an – und kürzten weitere 2,5 Mio. Euro! Auch im Bereich Radwegebau hat die Regierung unsere Anträge verworfen und das Geld weiter gekürzt, wobei sie gleichzeitig Millionen für eine völlig unnötige Bahnhofsverlegung im Tesla-Umfeld ausgeben will. Auch in der zweiten Hälfte der Legislatur sind keine großen Sprünge von Rot-Schwarz-Grün zu erwarten. Wir werden uns dennoch dafür stark machen, dass den Versprechen endlich Taten folgen und sie die Menschen in den Städten wie auf dem Land nicht aus den Augen verliert.

### **Gegen Armut, für einen starken Sozialstaat**

So vielfältig das Land Brandenburg, so vielfältig auch seine Menschen und ihre Lebensumstände – wozu leider auch die Formen

von Armut gehören. Für ein Leben in Würde und Wohlergehen bedarf es gesellschaftlicher Teilhabe. Auf dieser Grundlage basiert unser Verständnis von Sozialpolitik. Armut in ihren vielschichtigen Formen, Armutsgefährdung und deren Vermeidung gehören zu den dringlichsten Aufgaben linker Politik.

Immer noch sind 15 Prozent der Menschen in Brandenburg von Armut betroffen. Das muss sich ändern. Einer der wichtigsten Ansätze sind dabei die Einkommen. Rund 280.000 Menschen, fast 28 Prozent der Beschäftigten, arbeiten für einen Stundenlohn unter 11,13 Euro – das muss sich ändern. 12 Euro Mindestlohn auf Bundesebene wäre ein erster Schritt, reicht jedoch noch lange nicht aus, um Armut zu vermeiden.

Es braucht einen starken Sozialstaat, der Menschen auffängt, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Wir benötigen mehr sozialen Wohnraum. Darüber hinaus braucht es eine bedarfsgerechte Existenz- und Teilhabesicherung für Beziehende von Grundsicherungs- und Sozialleistungen – denn Hartz IV bleibt Armut per Gesetz. Wir wollen es durch eine armutsfeste, sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen. Niemand darf durch Sanktionen eines Jobcenters die Wohnung verlieren. Das haben wir im Dezember 2019 mit einem Antrag zur Reform und langfristigen Abschaffung von Hartz IV gefordert.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Rente und Altersarmut. Fast 100.000 Menschen in Brandenburg erhalten eine Rente von unter 900 Euro. Das ist eine sozialpolitische Bankrotterklärung. Und die Situation wird sich weiter verschärfen wegen vieler gebrochener Erwerbsbiografien. Um ein genaues Bild von der Situation in Brandenburg zu erhalten, haben wir eine große Anfrage an die Landesregierung gestellt und daraus einen umfassenden Forderungskatalog abgeleitet: So brauchen wir eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro; das Rentenniveau ist sofort auf 53 Prozent anzuheben. Ebenso dringend muss die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Hohe Einkommen sollen auch mehr in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Die steigenden Preise durch Inflation haben bei vielen Menschen zu harten Einschnitten geführt. Besonders deutlich spüren dies Geringverdienende, die einen Großteil ihres Einkommens für immer teurere Lebensmittel, für Strom, Heizöl oder Sprit aufwenden müssen. Beziehende von Arbeitslosengeld, Rente und Bafög erleben das faktisch als Kürzung ihrer Bezüge. Daher haben wir im November einen Antrag eingebracht, um eine weitere Erhöhung von Strom- und Gaspreisen zu verhindern. Auch unsere Haushaltsanträge waren auf eine Stärkung der Sozialpolitik gerichtet. Hier haben wir mehr Geld zur Armutsbekämpfung und eine Aufstockung der Schuldner- und Insolvenzberatung gefordert.

## Inklusion ist Menschenrecht

Menschen mit Behinderungen haben mit der UN-Behindertenrechtskonvention ein anerkanntes Recht auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Im Land Brandenburg mangelt es jedoch noch immer an der Umsetzung. Deshalb setzten wir uns bereits Ende 2019 für die Novelle des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BbgBGG) sowie die Evaluierung und Fortschreibung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes ein. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch nicht ganz erfolglos, denn die geforderte Evaluation ist nun in Arbeit. Unsere Forderung nach einer Novellierung des BbgBGG werden wir mit Nachdruck aufrechterhalten.

Die Pandemie-Einschränkungen haben Menschen mit Behinderungen besonders hart getroffen. Deshalb werden wir zusätzlich eine Novelle des Landespflegegeldgesetzes fordern: Es muss berücksichtigt werden, dass sich der Bedarf pandemiebedingt erhöht hat – die Aufwendungen für deren Ausgleich steigen ständig.



***Wenn ich jemandem  
helfen kann, gibt mir  
das Kraft.***

# Kathrin DANNENBERG

## INTERVIEW

**In der Pandemie sind Lehrer\*innen, Eltern und Schüler\*innen besonders unzufrieden. Welche Zuschriften haben Dich als ehemalige Lehrerin und bildungspolitische Sprecherin erreicht und beschäftigt?**

Besonders beschäftigt mich der Druck, den Kinder und Eltern aushalten müssen. Statt diesen zu nehmen, setzte man z.B. weiter auf Zensuren. Immer mehr Arbeit kam auf alle zu. Wie absurd. Wichtig sind jetzt soziales Lernen und Anerkennung der neuen Kompetenzen unserer Kinder. Statt Sicherheit und Zuversicht zu geben, agierte man planlos und unstet. Da brauchen wir uns nicht wundern, wenn viele Ängste entwickeln. Auf Ängste von Kindern und Jugendlichen gehen wir viel zu wenig ein.

**Wie schaffst Du es, mit diesem Druck umzugehen?**

Die Leute sind sehr unzufrieden. Da hilft es mir, viel zu reden, zuzuhören. Aus diesen Gesprächen kann ich Motivation schöpfen.

Wenn ich jemandem helfen konnte, gibt mir das Kraft. Sonst hilft auch autogenes Training (lacht).

**Du hast in den letzten Monaten viele Anträge in den Landtag eingebracht. Über welches Ergebnis hast Du Dich am meisten gefreut**

Ehrlich? Über kein Ergebnis so richtig. Ich muss wohl schon zufrieden sein, wenn sich die Koalition zumindest in Richtung unserer Anträge bewegen. Freude kommt da nicht auf. Das liegt sicher daran, dass ich sehr ungeduldig bin.

**Und über welche politischen Entscheidungen hast Du Dich am meisten geärgert?**

Katastrophal war die Abschaffung der Schulkrankenschwestern. Diese Entscheidung zeigt, wie weit Ministerin Ernst von der Realität weg ist und wie abgehoben sie handelt. Auch weigert sie sich, Geld für Luftfilter in den Klassenräumen in die Hand zu nehmen. Das macht mich wütend.

**Was möchtest Du vor Ende der Legislaturperiode in der Bildungspolitik unbedingt noch erreichen?**

Beitragsfreiheit in Kitas und im Hort, gute Personalausstattung in unseren Bildungs-

einrichtungen, multiprofessionelle Teams, Schulsozialarbeit an jeder Schule und mehr Gemeinsames Lernen – das muss kommen. Schule ohne Druck, das Lehren und Lernen anders organisieren... Es gibt noch so viel zu tun.

**Du lebst mit Deiner Familie in Calau. Worum kümmerst Du Dich dort?**

Ich bin Stadtverordnete. Gerade kämpfe ich für sozial verträgliche Kitabeiträge, für ein grünes Klassenzimmer im Schulgarten, für mehr Jugend-Beteiligung, für ein höheres Kinder- und Jugendbudget, für eine gute digitale Ausstattung der Schule. Hinzu kommen Projekte für die Strukturstärkung Lausitz. Wir wollen z.B. ein Sport- und Freizeitzentrum am Schwimmbad. Da gilt es viele Gespräche zu führen und am Ball zu bleiben. Aber es macht Spaß.

**Wie viel Zeit hast Du eigentlich noch für Familie und Sport?**

Nicht so viel. Leider schaffe ich es nicht mehr, zum Badminton zu gehen. Da bleibt oft nur ein langer Spaziergang im Winter und schwimmen im Sommer. Zumindest mache ich regelmäßig meinen Rettungsschwimmer. Jede Woche einmal zu Mama, Treffen mit meiner Freundin und Weiberrunde – das muss drin sein. Und klar, Zeit mit meiner Familie, die brauche ich, um gesund zu bleiben.



# Kathrin DANNENBERG

## BILANZ

### **Halbzeit für die Landesregierung – nur halbe Sachen für die Bildung**

Kaum ein Bereich steht so in der Kritik wie die Bildung. Eltern, Pädagog\*innen und Gewerkschaften sind unzufrieden. Corona hat dazu beigetragen, Defizite deutlicher zu machen, besonders Kinder sind betroffen. Für uns ist Bildung ein Kernthema. Wir wollen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, vom Wohnort und dem Geldbeutel der Eltern spielen, lernen, eine Ausbildung oder ein Studium beginnen können. Bildung muss kostenfrei sein. Das ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit, für einen erfolgreichen Bildungsweg. Für optimale Bedingungen hat das Land zu sorgen. Und damit beginnt das Dilemma. Es wurde viel geredet, versprochen und geschoben, auch falsche Entscheidungen getroffen. Mit unseren Initiativen haben wir deutlich gemacht, was notwendig ist. Für guten Unterricht sind gut ausgebildete Fachkräfte und multiprofessionelle Teams Voraussetzung. Deshalb forderten wir schon zu Beginn der Wahlperiode einen Aktionsplan. Das bedeutet: Ausgebildete Lehrkräfte anwerben und die Ausbildung bedarfsgerecht gestalten, Sei-

teneinsteiger\*innen besser qualifizieren, mehr pädagogisches Personal einstellen, Schulsozialarbeit an jeder Schule ermöglichen und die 18 Schulkrankenschwestern an 27 Schulen zunächst sichern, um dieses Angebot dann auszubauen.

Passiert ist kaum etwas. Man hat lediglich den Status quo erhalten und sogar das Landesgeld der Schulkrankenschwestern gestrichen. Ein bildungs- und gesundheitspolitischer Fehler – zu Lasten der Kinder, die gerade jetzt Unterstützung brauchen.

Wie planlos die Landesregierung agiert, zeigte sich spätestens mit Corona. Unsere stetige Forderung nach Luftfiltern in Klassenräumen und Kitas, nach täglichen Test, nach einheitlichen und nachvollziehbaren Quarantäneregeln wurde widerwillig oder gar nicht nachgekommen. Weder für den Distanz- noch für den Präsenzunterricht hat die Koalition schlüssige Konzepte.

In der Debatte um Unterrichts-Ausfall zeigte sich auch ihr rückschrittlicher Bildungsbegriff: Pauken, pauken, um Zensuren zu verteilen. Wie im letzten Jahrhundert. Kinder und Jugendliche brauchen aber Zeit: Zeit zu lernen und Erlerntes zu festigen und um Fehler zu machen, Zeit für Projekte und für das Miteinander. Sie brauchen jetzt Rückenwind und keine überflüssigen Bewertungen. Unsere Anträge nach Entschlackung der Lehrpläne,

für dezentrale Prüfungen, für ein langfristiges Aufholprogramm, für eine bessere Finanzierung außerschulischer Angebote und schnellerer Digitalisierung – sie stießen bei Ministerin Ernst auf taube Ohren oder blieben in den Mühlen der Bürokratie stecken. Es reicht nun mal nicht, das Mantra von offenen Schulen herunterzubeten, ohne die Chance zu nutzen, Schule zu verändern.

Für unsere Kleinsten und deren Eltern ist Veränderung nötig. Kita ist Bildung und muss kostenfrei sein. Der Anfang wurde unter Rot-Rot mit der Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr gemacht. Kinder aus ärmeren Haushalten sind seitdem grundsätzlich freigestellt. Doch unsere Forderung bleibt: Beitragsfreiheit für alle Kinder in der Kita und im Hort. Was den Eltern im Wahlkampf versprochen wurde, muss jetzt gehalten werden – weg mit den Kitabeiträgen! Dafür werden wir weiter kämpfen, damit aus halben Sachen ganze werden.

## Kinder- und Jugendrechte endlich durchsetzen

Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte. Wir kämpfen darum, dass ihr Schutz, ihre Beteiligung und Förderung als wesentliche Säulen verankert werden. Dem Kindeswohl ist stets Vorrang zu gewähren. Mehr als 30 Jahre nach der UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinderrechte endlich ins Grundgesetz. Dazu

haben wir die Landesregierung im Parlament mehrmals aufgefordert.

Seit Corona erleben wir jedoch, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen hintangestellt werden. Statt die Kinder- und Jugendarbeit auszubauen, mehr Freizeitangebote zu schaffen, die Jugendverbände zu stärken und mehr Beteiligung zu entwickeln, wurden Kinder und Jugendliche häufig auf die Schule reduziert. Der Schutz vor Infektion muss Vorrang haben. Aufgabe des Landes wäre es jedoch, die Jugend(sozial)arbeit so auszustatten, dass sie ihre Angebote an die Pandemie anpassen können. Das ist nur dank des Engagements der Träger geschehen. Das Land hat ihnen dabei oft Steine in den Weg gelegt – z.B. indem es Ferienangebote von Jugendverbänden nicht unterstützte.

Wir haben der Landesregierung immer wieder eine langfristige Strategie abverlangt, um die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche abzumildern, und z.B. eine Kinder- und Jugendpauschale für Kommunen gefordert. Gerade jetzt ist es notwendig, mehr Kinder und Jugendliche mit Angeboten in Jugendclubs, von Jugendverbänden, Jugendbildungsstätten oder KiEZen zu erreichen. Das hat jedoch finanzielle und strukturelle Voraussetzungen, die wir wiederholt eingefordert haben – z.B. ein Investitionsprogramm für die Sanierung der KiEZe.

## Mit den Minderheiten, für die Minderheiten

Mit der Unterstützung von ethnischen und sprachlichen Minderheiten hat sich die Linksfraktion einen Namen gemacht, auch in dieser Wahlperiode steht sie auf der Agenda. Wichtig waren bildungspolitische Fragen wie die Sorben/Wenden-Schulverordnung und die Deckung des Fachkräftebedarfs; auf unsere Initiative wurden aber auch die Rechte des Sorben/Wenden-Rates erweitert und das Sorbische bei der Strukturentwicklung der Lausitz angesprochen.

Der Antrag „Nedderdütsch – dat ist een grooten Schatz“ steht für eine Reihe von Initiativen, die in einen Landtagsbeschluss mündeten und hoffentlich zum ersten Niederdeutsch-Gesetz der Republik führen werden. Dank Rot-Rot gibt es seit 2018 eine Vereinbarung mit dem Landesverband der Sinti und Roma; dennoch spielen deren Belange in der Regierungspolitik, außer im Kulturreisort, kaum eine Rolle. Die Minderheit ist vielfach Diskriminierung ausgesetzt. Mit einer Großen Anfrage wollen wir einen Diskussionsprozess anstoßen.

Unser Einsatz für die verfassungsrechtliche Absicherung von Minderheitenrechten auf Landes- und Bundesebene, für mehr Unterstützung der Minderheiten in der EU („Minority SafePack-Initiative“) bündelt all diese Bemühungen.



**« Es geht um  
Wertschätzung  
und faire Löhne. »**

# Thomas DOMRES

## INTERVIEW

**Lieber Thomas, Du bist ein alter Hase im Parlamentsbetrieb: Seit über 20 Jahren dabei, schon seit vielen Jahre als parlamentarischer Geschäftsführer. Wie läuft die Zusammenarbeit im Landtag unter Rot-Schwarz-Grün?**

Es könnte besser laufen. Die Bedingungen haben sich seit der Wahl verändert, aber die Kenia-Koalition hat Angst, die Parlamentsarbeit weiterzuentwickeln. So will sie nicht, dass wir den Ministerpräsidenten befragen wie der Bundestag den Kanzler. Sie verwehrt den kleinen Fraktionen Minderheitenrechte, die sie aber brauchen, um ihren Oppositionsauftrag zu erfüllen. Und die Parlaments-Beteiligung z.B. an den Corona-Verordnungen ist zu gering.

**Die Koalition bügelt Initiativen der LINKEN gerne mit fadenscheinigen Argumenten ab. Wie könnten die Oppositionsrechte denn gestärkt werden, um einen faireren Umgang zu ermöglichen?**

Ganz klar müssen auch kleine Fraktionen wie wir eigenständig Anhörungen, Fachgespräche und Sondersitzungen beantragen können. Für eine Sondersitzung des Landtags erreichen wir nicht einmal zusammen mit den Freien Wählern das nötige Quorum. Das wird einem fairen Umgang mit der Opposition nicht gerecht.

**Inhaltlich beschäftigst Du Dich mit Umwelt und Landwirtschaft. Was sind in diesen Feldern die wichtigsten Baustellen und was willst Du in kommenden Jahren erreichen?**

Es gibt viele Themen, die jetzt anstehen. Da ist die Forstreform – dringend notwendig, geht im Moment aber leider in die falsche Richtung. Wir brauchen eine starke Forstverwaltung, die Waldbesitzende berät, den Waldbau vorantreibt und Waldpädagogik für den Nachwuchs anbietet.

Das Agrarstrukturgesetz für die regionale Landwirtschaft ist mir ebenso wichtig wie der Brandenburger Klimaplan. Ein besonderes Anliegen ist aber das Wasser. Was tun, wenn es immer trockener wird und irgendwann sogar das Trinkwasser in Gefahr ist? Das müssen wir dringen klären!

**Deine Heimat ist Perleberg, in der Prignitz bist Du auch kommunalpolitisch aktiv. Was sind dort Deine wichtigsten Vorhaben?**

Die Beteiligung der Bevölkerung stärken, besonders der jungen. Wir haben es geschafft, in Perleberg einen Bürgerhaushalt einzuführen, aber der kann noch viel stärker genutzt werden. Auch will ich die Innenstadt voranbringen, den Leerstand bekämpfen. Perleberg muss sich generationengerecht entwickeln und dafür brauchen wir Gesundheits- und Sozial-Einrichtungen, Bildung und Kultur.

**Gelernt hast Du ursprünglich Altenpfleger – ein Beruf, der seit Corona als systemrelevant anerkannt ist, aber oft mit schlechten Arbeitsbedingungen und wenig Geld einhergeht. Wie kann man diese wichtige Tätigkeit attraktiver machen?**

Die Pflege war schon vor Corona „systemrelevant“ und die Probleme schon vorher da. Sie fallen jetzt nur mehr auf. Über den Pflegenotstand wird doch schon seit Jahren diskutiert! Ein fairer Lohn und gute Arbeitsbedingungen sind wichtig, aber auch mehr Personal und Angebote, sich weiterzubilden und voranzukommen. Natürlich auch Wertschätzung, aber sie allein reicht nicht – das hat der folgenlose Corona-Applaus gezeigt.



# Thomas DOMRES

## BILANZ

### **Für eine soziale und ökologische Landwirtschaft**

Die erste Hälfte dieser Wahlperiode war von mehreren Fragen geprägt, die große Bedeutung für den ländlichen Raum haben. Das Muster war dabei immer dasselbe: Erst große Ankündigungen durch die Koalition, dann geraten die Verfahren ins Stocken. Die Linksfraktion unterbreitet konkrete Vorschläge, die Koalition lehnt sie ab – meist ohne sie durch eigene Initiativen zu ersetzen. Eine fachliche Diskussion im Umwelt- und Agrarausschuss wird von den Regierungsfractionen blockiert.

So war es beim Agrarleitbild: Laut Koalitionsvertrag soll ein Agrarstrukturgesetz kommen, um Spekulation mit Agrarflächen einzudämmen. Grundlage dafür soll ein agrarstrukturelles Leitbild sein, das der Landtag denn auch eingefordert hat. Statt eines Leitbildes lieferte das Agrarministerium einen Entwurf, der im Ausschuss auf die Kritik vieler Interessengruppen stieß – zum Beispiel weil sie eine Zerschlagung erfolgreicher ortsansässiger Betriebe nur aufgrund ihrer Größe befürchteten. Das Ergebnis: Keine inhaltliche Befassung,

keine Stellungnahme, keine Vorschläge der Koalition über Monate hinweg. Nur wir legten einen eigenen Leitbildentwurf vor, der die Ergebnisse der Anhörung aufgreift und die soziale und gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Landwirtschaft betont. Aber die Entscheidung darüber wurde immer wieder verschoben.

Die Forstreform wurde vom Agrarministerium zwar vorangetrieben, doch dessen Konzept enthält viele strittige Punkte: Von der Zusammenlegung von Forstrevieren über den Abbau von Waldarbeits-Stellen bis zu schlechteren Dienstleistungen für Privatwaldbesitzer\*innen – letzteres unter Missachtung eines Landtagsbeschlusses.

Auch hier wieder: die Linksfraktion hat sich ausführlich mit der Reform befasst und einen langen Katalog von Änderungsvorschlägen vorgelegt, um den Anforderungen hinsichtlich Klimawandel, Waldumbau und Stärkung des ländlichen Raumes gerecht zu werden und zu verhindern, dass der Forstbetrieb ganz von privaten Unternehmen abhängig wird. Die Vertreter\*innen der Koalitionsfraktionen haben zwar ebenfalls Kritik an den Reformplänen geübt, aber erst im letzten Augenblick eigene Vorschläge gemacht. Und da blieb dann auch noch unklar, ob nun alle Waldschulen erhalten bleiben oder nicht.

## Natur und Umwelt schützen

Der Landtag hat den „Insektendialog“ zwischen den beiden Volksinitiativen und den Landnutzern auf den Weg gebracht. Und zunächst sah es nach einem vollen Erfolg aus: Die Verbände einigten sich unter Mitwirkung von Abgeordneten auf ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket, das sowohl Umweltbelange als auch die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigte. Doch die Freude währte kurz, denn die Koalition rückte schnell von ihrer Zusage ab, die Ergebnisse vollständig in den Landtag einzubringen. Eine entsprechende Initiative der Linksfraktion scheiterte an den Mehrheitsverhältnissen. Seitdem gibt es keine nennenswerte Bewegung in der Sache; der Erfolg droht von der Koalition verspielt zu werden – mit unabsehbaren Folgen für das Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz.

Zu Tesla schließlich wurden alle Initiativen für mehr Transparenz abgeblockt – unser Antrag auf einen Runden Tisch zum Wasserproblem ebenso wie der Vorschlag, die Erörterung zum Genehmigungsverfahren in Präsenz durchzuführen, um eine echte Diskussion zu ermöglichen. Auch der Vorschlag, den Wasserverband Strausberg-Erkner in den Ausschuss einzuladen, wurde zunächst abgelehnt. Offenbar hatte man Angst davor, dass die realen Probleme der Wasserversorgung klar auf den Tisch kommen. Aber Opposition kann auch wirklich etwas bewegen: Ein von uns beantragter Waldgipfel zu den Trockenheitsschä-

den kam tatsächlich zustande. Im Jahr 2020 lief die Biomassestrategie aus, was außer der Linksfraktion offenbar niemand bemerkt hatte. Ein Landtagsantrag auf Fortschreibung führte zu inhaltreichen Fachgesprächen und letztlich zum Beschluss, eine Bioökonomie-Strategie aufzulegen. Ähnliches gilt für eine Initiative unserer Fraktion zum Wasserhaushalt der Spree, die letztlich zu einem gemeinsamen Landtagsbeschluss führte. Und ein Maßnahmenkatalog zur Bewältigung der Afrikanischen Schweinepest wurde zwar von der Koalition im Ausschuss abgelehnt, baute aber immerhin so viel Druck auf, dass die Regierungsfractionen einen eigenen – wenn auch abgeschwächten – Antrag einbrachten.

Auch in den Haushaltsdebatten wurden einige unserer Vorschläge (z.B. mehr Mittel für Umweltverbände, Kleingärtner und Teichwirtschaften, Ausfinanzierung des Freiwilligen Ökologischen Jahres) zwar von der Koalition abgelehnt, dann aber mit eigenen Initiativen doch noch aufgegriffen. Auch im Bereich Landwirtschaft und Umwelt können wir zur Hälfte der Wahlperiode also sagen: Links wirkt!

## Keine Ehrlichkeit in der Medienpolitik

Medienpolitisch waren die Kenia-Jahre verschenkte Zeit. Beim bislang wichtigsten Projekt, dem neuen RBB-Staatsvertrag, wollte die Landesregierung Radioprogramme ins Inter-

net verlegen. Als dies am Widerstand in Berlin und im Landtag scheiterte, legte sie den Vertrag aufs Eis. Dabei wurde die Stärkung der Rechte Freier Mitarbeiter\*innen gleich mit beerdigt. Dies ist ob der angespannten Lage der Freien fatal – doch einen Antrag, ihnen auch ohne Staatsvertrag zu helfen, lehnte die Koalition ab. Mehr Ehrlichkeit hätte vielen Mitarbeiter\*innen des RBB geholfen!

Auch gegenüber den lokalen Medien, die vornehmlich über die Medienanstalt Berlin Brandenburg (MABB) finanziert werden, war die Koalition unehrlich. Laut Koalitionsvertrag soll die MABB 1,5 Mio. Euro im Jahr bekommen. Allein: In den ersten beiden Haushalten unter Kenia war diese Summe jeweils um 500.000 Euro zu niedrig. Diese Kürzung um ein Drittel ist angesichts der überschaubaren Förder-summe ein Schlag ins Kontor. Wir haben zwar darauf hingewirkt, die Kürzungen zurückzunehmen – Möglichkeiten hätte es gegeben – doch war die Koalition nicht zu Kompromissen bereit.

Wir werden auch in Zukunft darauf drängen, dass der Lokaljournalismus im Land so gefördert wird, wie es seiner Aufgabe als Medium in der Demokratie entspricht.



«Erfolg heißt, dass ein  
Thema ankommt.»»

# Bettina FORTUNATO

## INTERVIEW

**Liebe Bettina, als frauen- und familienpolitische Sprecherin setzt Du Dich stark für die Rechte von Frauen ein. Was war Dein größter persönlicher Erfolg in Sachen Gleichberechtigung und Schutz von Frauen?**

Erfolg heißt für mich ganz praktisch, dass ein Thema auch ankommt – es kommt nicht auf die Zahl der Papiere oder Anträge an. In Märkisch-Oderland wurde Frauenschutz lange ignoriert. Doch letztes Jahr haben wir im Landkreis ein Schutzkonzept geschrieben. Gemeinsam mit der Beauftragten und Frauen aus der Verwaltung haben wir ausgerechnet, wie viele Frauenhaus-Plätze wir laut Istanbul-Konvention brauchen. Das steht jetzt im Haushalt. Nach Jahren ist das Thema endlich angekommen. Und das heißt für mich Erfolg.

**Bekommst Du von Frauen auch Zuschriften?**

Ja klar, meist schreiben sie, wenn es irgendwo brennt. Bei meinen Besuchen in Frauenhäusern höre ich immer wieder, dass der geringe

Lohn dort bei der Fülle an Aufgaben ein Hohn ist. Die reichen von der Betreuung bis hin zur Hausaufgabenhilfe. Für diese unverzichtbare Arbeit erhalten die Mitarbeiterinnen viel zu wenig Geld.

**Wenn Du auf die vergangen 30 Monate zurückblickst – über welchen Erfolg hast Du Dich am meisten gefreut?**

Zunächst sollte im Haushalt bei Frauen und Familien viel gestrichen werden. Bei den Beratungsstellen sollten Stellen wegfallen. Dagegen haben die Verbände Druck gemacht – die Kürzungen wurden zurückgenommen. Das ist aber nur passiert, weil wir als erste Fraktion Anträge dazu gestellt haben. Das war ein Erfolg, den man gleich gemerkt hat. Leider ist das Geld immer noch zu knapp.

**Welche Punkte möchtest Du bis zur nächsten Landtagswahl 2024 noch unbedingt erreichen?**

Wir brauchen eine stabile Pflicht-Finanzierung der Frauenhäuser samt Personal. Es wird ein böses Erwachen geben, wenn die Quarantänemaßnahmen nicht mehr greifen. Denn die Last, die Corona Familien und Frauen aufdrückt, steigt nach wie vor. Es ist nicht nur körperliche Gewalt, sondern oft psychische Gewalt, die sie erleben. Nun ist es an der Landesregierung, mehr Frauenhausplätze und

die nötigen Fachkräfte zu fördern – und das schnell. Die Istanbul-Konvention muss ernstgenommen werden.

Und es wäre ein Riesenerfolg, wenn wir Frauen aus den demokratischen Fraktionen einen neuen Anlauf für ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen würden. Darüber würde ich mich sehr freuen.

**Wenn Du gerade nicht mit Deiner politischen Arbeit beschäftigt bist, was machst Du in deiner Freizeit?**

Kannst du mir das Wort „Freizeit“ übersetzen? Ich mache neben der Arbeit so viel Ehrenamt... Wenn ich wirklich mal Zeit habe, lese ich viel. Außerdem habe ich einen kleinen Garten mit Kräutern und Blumen, da experimentiere ich gerne. Aber dafür bleibt wirklich wenig Zeit. Wenn ich meine Familie nicht hätte, die immer alles duldet und unterstützt, hätte ich das alles nicht geschafft.

**Was wärest Du heute, wenn Du nicht Politikerin wärest?**

Dann wäre ich Landwirtin. Das war mein Traumberuf. Meine Eltern haben in der Landwirtschaft sehr hart gearbeitet. Ich wollte Landwirtschaft studieren, um genug zu wissen, damit die Arbeit für die Menschen leichter werden kann.

# Bettina FORTUNATO

## BILANZ

### Menschen gestalten die EU

Mitglied der Europäischen Union zu sein, bedeutet mehr als EU-Fördermittel zu erhalten. Es geht um Gestaltung einer sozialen, solidaren, ökologischen und demokratischen EU – auch Brandenburg leistet seinen Beitrag. Wegen der Grenze zu Polen haben grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft bei uns eine besondere Bedeutung. Die Grenzschießungen in der Pandemie haben gezeigt, wie vernetzt wir miteinander und wie angewiesen wir aufeinander sind. Täglich pendeln Menschen für Schule, Beruf oder Familie zwischen den beiden Ländern.

Nur wenn wir es schaffen, dieses Miteinander mit Leben zu füllen, die Menschen an der EU-Politik zu beteiligen, steht das Europäische Projekt auf soliden Füßen und kann weiterentwickelt werden. Daher widmen wir uns in dieser Legislatur verstärkt der Zukunft der EU und bringen uns in die derzeit laufende Konferenz zur Zukunft Europas ein. Im Europaausschuss debattieren die Abgeordneten mit diversen Akteur\*innen; beim durch uns mit angestoßenen Bürger\*innendialog diskutieren die Brandenburger\*innen: Wie soll die

EU künftig arbeiten? Welche Themen sollen im Fokus stehen, um die europäische Integration zu vertiefen und die EU krisenfester zu machen?

Dabei geht es zum Beispiel um den Green New Deal, der auf EU-Ebene beschlossen wurde, aber regional umgesetzt werden muss, wenn wir Umwelt und Klima schützen wollen. Dafür ist etwa die finanzielle Unterstützung durch den Just Transition Fonds unerlässlich, aus dem Brandenburg EU-Gelder für den Strukturwandel in der Lausitz erhält. Ebenso stärken wir die grenzüberschreitende Arbeit und den kulturellen Austausch in enger Zusammenarbeit mit den Partnerschaftsbeauftragten, damit die Regionen beidseits der brandenburgisch-polnischen Grenze zusammenwachsen und Lebensverhältnisse sich angleichen.

Einiges haben wir bereits angestoßen, vieles bleibt noch zu tun: Die Zusammenarbeit mit den europapolitischen und entwicklungspolitischen Akteur\*innen weiter ausbauen, wozu auch deren dauerhafte Finanzierung gehört – die Koalition wollte sie ursprünglich kürzen, was aber verhindert wurde. Die Brandenburger\*innen wollen wir verstärkt beteiligen – im Europäischen Jahr der Jugend 2022 besonders die jungen Menschen –, um die Zukunft der EU gemeinsam zu gestalten.

Die Landesregierung muss sich auf europäischer Ebene endlich dafür einsetzen, dass die Konferenz zur Zukunft Europas nicht ergebnislos endet, sondern ein Folgeprozess anschließt und Bürger\*innenbeteiligung zum festen Bestandteil europäischer Politik wird. Vertragsänderungen dürfen kein Tabu sein – die EU muss demokratischer, ökologischer und sozialer werden.

## Frauen stärken, Familien unterstützen

„Familie ist da, wo Kinder sind, wo Menschen ihr Leben miteinander teilen und wo Generationen füreinander Verantwortung tragen“ – so sagt es der Brandenburger Koalitionsvertrag, doch den damit verbundenen Aufgaben wird die Koalition nicht gerecht. Familien gibt es in mannigfaltigen Konstellationen über Alleinerziehende mit einem oder mehr Kindern, Großfamilien, Patchwork-Familien oder generationsübergreifend in einem Haus.

Brandenburg muss sich auf all die verschiedenen Bedürfnisse einstellen, die sich durch die Pandemie stark verändert haben. Auf den Familien lag und liegt mit Homeoffice, Homeschooling und Kinderbetreuung eine große Last, die vielfach zu großen Spannungen und auch zu einem drastischen Anstieg von häuslicher Gewalt führte. Bereits seit 2013 steigt die Zahl an Gewaltdelikten kontinuierlich an, jedoch hat sie sich während des Lockdowns

nochmals stark erhöht. Opfer häuslicher Gewalt sind zum Großteil Frauen und Kinder, weshalb wir die strikte Umsetzung der Istanbul-Konvention fordern.

Im Februar brachten die Regierungskoalition zwar gemeinsam mit uns einen Antrag zur Verbesserung der Lage der Frauen ein, jedoch kann dies nur ein erster Schritt sein. Es braucht deutlich mehr als nur einen überarbeiteten Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen – dessen Maßnahmen noch dazu unter Haushaltsvorbehalt stehen. Wir fordern ausfinanzierte und konkrete Maßnahmen gegen Gewalt, wir fordern ein Frauenhausfinanzierungsgesetz, dass nicht nur die Finanzströme lenkt, sondern konkrete Fördersummen benennt und damit die Finanzierung der Frauenschutzeinrichtungen in Brandenburg sichert. Und wir fordern eine Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes sowie eine bessere Förderung der Familienverbände.

## Senioren ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Unterstützung braucht auch die immer größer werdende Gruppe der Seniorinnen und Senioren. Sie ist geprägt von Vielfalt und höchst unterschiedlichen Bedürfnissen. Keinesfalls sind Menschen im Rentenalter auf Pflegebedürftigkeit zu reduzieren, auch wenn dies bei einem Teil von ihnen durchaus einen wesent-

lichen Aspekt des Lebens darstellt. Die meisten jedoch führen noch lange nach dem Renten-Eintritt ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben in Gesundheit, mit Hobbys, Ehrenamt und sogar Teilzeitjobs. Sie wollen mobil sein, selbständig ihren Alltag führen, sie wollen mitbestimmen und ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten.

Sie müssen in ihren Rechten ernstgenommen und gestärkt werden. Aus diesem Grund forderten wir bereits Anfang 2020 eine oder einen Beauftragte\*n für die Belange von Seniorinnen und Senioren, außerdem ein wirk-sames Senioren-Mitbestimmungsgesetz, welches dessen Aufgaben regelt und die Beteiligungsrechte der Seniorinnen und Senioren sichert. Wenngleich unser Antrag abgelehnt wurde, hat die Koalition unsere Intention offenbar verstanden, denn seit Juni 2020 gibt es einen Landesseniorenbeauftragten. Zu einem Seniorenmitbestimmungsgesetz konnte sie sich allerdings noch nicht durchringen.

Wir bleiben bei unserer Forderung, denn in der Pandemie wurde deutlich, dass Seniorinnen und Senioren noch immer an der Um- und Durchsetzung ihrer Rechte gehindert sind. Dies fängt an bei der Förderung der digitalen Kompetenz und endet bei einer gesetzlichen Verankerung und auskömmlichen Finanzierung ihrer Vertretungsgremien vor Ort.



**« Der Kampf um die  
Integrationsgelder war  
mein wichtigster Erfolg. »**

# Andrea JOHLIGE

## INTERVIEW

### **Liebe Andrea, was war für Dich in der ersten Hälfte der Wahlperiode die wichtigste Erfahrung?**

Für mich war der Kampf um die Integrationsgelder und der Erfolg am Ende das Wichtigste bisher. Das war ein mehr als sechsmonatiger Prozess, in dem wir eng mit Wohlfahrtsverbänden, Trägern, Initiativen, Kommunen und Betroffenen zusammengearbeitet und gemeinsam den Widerstand gegen den geplanten Kahlschlag organisiert haben. Und gemeinsam haben wir es geschafft: Die Regierungskoalition musste unter dem Druck einlenken. Das war eine wirklich wichtige Erfahrung.

### **Anträge, die die Linksfraktion in den Landtag einbringt, werden meistens abgelehnt. Worüber warst Du am meisten enttäuscht?**

Als Oppositionsabgeordnete weiß man, dass die meisten Initiativen erstmal abgelehnt werden. Das heißt ja aber nicht, dass sie vom Tisch sind. Für mich ist seit Jahren klar: Die

wichtigste Eigenschaft von Abgeordneten ist Penetranz. Also auch nach einer Ablehnung dranbleiben und mit dem Thema so lange nerven und neue Wege finden, es erneut auf die Tagesordnung zu setzen, bis sich doch was bewegt. Deshalb bin ich zwar manchmal enttäuscht, aber das währt nicht lange.

### **Was möchtest Du unbedingt vor Ende der restlichen Legislaturperiode 2024 noch erreichen?**

Mir ist besonders wichtig, dass wir es schaffen, die Finanzierung für die Kommunen und vor allem für die kleinen, nicht so finanzstarken Gemeinden zu verbessern. Mir ist wichtig, dass die Kommunen so solide finanziert sind, dass Sie sich nicht gezwungen sehen, kommunales Eigentum zu verkaufen. Sie müssen im Gegenteil in die Lage versetzt werden, wichtige Infrastruktur wie die Strom- und Gasnetze, aber auch Wohnungen und kommunale Einrichtungen, dauerhaft in ihrer Hand zu behalten oder gar zurückzukaufen.

### **Wir haben aktuell eine sehr schwierige gesellschaftliche Situation. Was wünschst Du Dir für die Gesellschaft?**

Na, vor allem wünschen wir uns wohl alle, dass es gemeinsam gelingt, die Pandemie endlich zu überwinden. Aber ja, die gesellschaftliche

Stimmung ist gerade extrem polarisiert, der Ton ist hart und die Auseinandersetzungen sind heftig. Ich wünsche mir sehr, dass es gelingt, Verschwörungstheorien, rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen zurückzudrängen. Und ich wünsche mir, dass die Gesellschaft wieder solidarischer wird und Vertrauen in die Demokratie zurückgewonnen werden kann.

### **Wenn du gerade nicht politisch tätig bist, was machst du dann?**

Bevor ich Politikerin wurde, habe ich mein Geld mit Werbung, Design und Fotografie verdient. Das war mein absoluter Traumberuf. Und so versuche ich immer, wenn etwas Zeit ist, ein paar Bilder in den Kasten zu bekommen. Wenn ich auf Reisen bin, ist die Kamera auch immer dabei. Daraus sind auch schon ein paar Ausstellungen entstanden. Wobei das dann auch schon wieder fast politisch ist, wenn ich zum Beispiel die Sperrzone von Tschernobyl besucht habe und danach eine Ausstellung und Bildervorträge zu den Folgen des Supergaus auf das Gebiet dort entstand. Aber so ist Politik und Hobby dann perfekt verbunden.

# Andrea JOHLIGE

## BILANZ

### **Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik**

Wir als LINKE Landtagsfraktion fordern eine an humanitären Gesichtspunkten ausgerichtete Flüchtlingspolitik. Dazu zählen neben rechtsstaatlichen Verfahren die Schaffung von Bleibeperspektiven sowie gute Integrationsbedingungen, also ein ausreichend finanziertes System an Hilfsangeboten wie Sprachkurse und Schul- oder Ausbildungsunterstützung, aber auch gute Unterbringungsbedingungen und ein einfacher Zugang zu psychologischen Diensten. Diese Integrationsmaßnahmen sind zwar nicht alleinige Aufgabe der Landespolitik, sondern werden in den Kommunen organisiert, jedoch hat das Land die Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung.

Und hier drückt der Schuh gewaltig: Für den Haushalt 2022 hatte die Regierungskoalition geplant, die Migrationssozialarbeit für anerkannte Flüchtlinge um ein Drittel zu kürzen und das Integrationsbudget – 300 Euro pro Flüchtling und Jahr ausgezahlt an die Kommunen für Integrationsarbeit – ganz zu streichen. Wir sind als LINKE gegen diese Kürzungen gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und Betroffenen Sturm gelaufen und hatten

letztlich Erfolg. Die Kürzungen bei der Migrationssozialarbeit wurden zurückgenommen; das Integrationsbudget bleibt zwar erhalten, wird jedoch mit einem kommunalen Eigenanteil versehen.

Wichtig war uns auch der Erhalt des humanitären Aufnahmeprogrammes für den Familiennachzug syrischer Flüchtlinge sowie die Schaffung neuer Programme. Das Aufnahmeprogramm für yezidische Frauen, die vom IS verfolgt wurden, hat die Koalition leider beendet.

Als LINKE im Brandenburger Landtag haben wir uns darüber hinaus gegen Abschiebungen in Kriegsgebiete, vor allem nach Afghanistan, eingesetzt. Und wir engagieren uns gegen das am Landtag vorbeigeplante Abschiebedrehkreuz in Schönefeld. Hier plant das Innenministerium gemeinsam mit dem Bund ein völlig überdimensioniertes Ein- und Ausreisezentrum, das den Landeshaushalt über Jahrzehnte stark belasten wird, ohne dass bisher eine Wirtschaftlichkeitsprüfung stattgefunden hätte. Damit begibt sich die Koalition aus SPD, CDU und Grünen in die Logik der Abschottung Europas und der möglichst großen Effizienz bei Abschiebungen.

## Antifaschistische Arbeit – ein Herzensthema

Für uns als LINKE ist Antifaschismus Herzensthema. Alle unsere Abgeordneten sind vor Ort bei antifaschistischen Aktivitäten aktiv, wir unterstützen die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im ganzen Land gegen Rassismus, Antisemitismus und den aufkeimenden Neofaschismus. Und natürlich sind wir mit den Akteuren des Beratungsnetzwerks Tolerantes Brandenburg in regem Austausch.

Die Auseinandersetzung mit der AfD als dem parlamentarischen Arm der extremen Rechten führen wir konsequent: Wir entlarven ihre Absichten, wir dekonstruieren ihre Argumentationen und wir kontern ihre Angriffe auf gesellschaftliche Minderheiten und die Zivilgesellschaft.

Wichtiger Bestandteil unserer Arbeit im Landtag ist das Monitoring rechtsextremer Aktivitäten in Brandenburg. Unsere Anfragen bspw. zu rechts motivierter Kriminalität, zu rassistischen Straftaten und zu Kundgebungen und Demonstrationen liefern Wissenschaft und Zivilgesellschaft wichtige Informationen zur Entwicklung der extremen Rechten in Brandenburg.

Ein Erfolg war unser Antrag zum Verbot der Reichskriegsflaggen. Auf unsere Initiative haben die demokratischen Fraktionen im Landtag gefordert, solche Fahnen zu verbieten. Inzwischen ist dazu in Brandenburg ein Erlass in Kraft getreten.

Und auch Verschwörungserzählungen haben wir fest im Blick. Auf unsere Initiative hin beschloss der Landtag einen Antrag zur Bekämpfung dieses Phänomens.

## Für starke Kommunen, auch in der Pandemie

In fast allen Politikbereichen gab es von unserer Seite weitere politische Aktivitäten, die Auswirkungen auf die Kommunen bzw. das Leben der Einwohner\*innen vor Ort haben. Nicht alle können in diesem Rahmen aufgeführt werden. Klar ist für uns jedoch: Starke Kommunen mit guter finanzieller Ausstattung und vielen Beteiligungsmöglichkeiten für die Einwohner\*innen sind unser Anliegen. Dafür hat man uns als LINKE Landtagsfraktion immer an seiner Seite.

In der Corona-Pandemie standen und stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Das Land hat im Sommer 2020 einen kommunalen Rettungsschirm mit den Kommunen vereinbart. Damit sollten die finanziellen Auswirkungen der Pandemie mit den zu erwartenden kommunalen Einnahmeausfällen abgedeckt werden. Diesen Rettungsschirm haben wir begrüßt, jedoch auch kritisiert, dass er nicht alle Belastungen der Kommunen bspw. durch Einnahmeausfälle beim ÖPNV oder anderen kreiseigenen Unternehmen berücksichtigt.

Bei den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2022 wurde deutlich, dass das Land auf Kos-

ten der Kommunen spart. So wird mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz das Geld verringert, das den Kommunen anteilig an den Einnahmen des Landes zusteht: Im Jahr 2022 um 60 Millionen Euro und 2023 und 2024 um je 95 Millionen Euro. Das haben wir kritisiert. Es ging aber noch weiter: Im Haushalt 2022 werden viele weitere Unterstützungsleistungen für die Kommunen gekürzt, so bspw. die Zuweisungen für die Unterstützung freiwilliger kommunaler Zusammenschlüsse oder zum Abbau der Kassenkredite für die Jahre 2022 und 2023. Wir haben deutlich gemacht, dass das Land damit den Kommunen Handlungsfähigkeit nimmt.

Wir haben uns auch aktiv in die Debatte um Änderungen an der Kommunalverfassung beteiligt. Für uns war es wichtig, dass die Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage auch in der Pandemie arbeitsfähig bleiben. Deshalb haben wir das Kommunale Notlagengesetz unterstützt, mit dem die Vertretungen die Möglichkeit bekommen, Sitzungen im Onlineformat durchzuführen. Diese Möglichkeiten wurden 2021 in die Kommunalverfassung überführt.

Wir streiten dafür, dass die Beiträge von Anwohner\*innen bei der Erschließung von sogenannten Sandpisten verringert werden. Wir sind nicht dafür, diese Beiträge vollständig abzuschaffen. Allerdings wollen wir, dass ein Härtefallfonds aufgelegt wird und das Land sich mit einem Förderprogramm an den Ausbaurkosten beteiligt, um die Belastungen für Anwohner\*innen zu verringern.

A portrait of a middle-aged man with short, light brown hair, wearing a dark suit jacket over a light blue button-down shirt. He is standing with his arms crossed, looking directly at the camera with a slight smile. The background is a dark, solid blue. The text is overlaid on the bottom right of the image.

**« Viele Sozial-Kürzungen  
haben wir verhindert. »**



# Ronny KRETSCHMER

## INTERVIEW

**Ronny, mit Corona und mehreren Landeshaushalten lagen bei Dir als ständigem Sprecher der Fraktion zwei inhaltlich ziemlich schwere Brocken in den vergangenen 2,5 Jahren auf dem Tisch. Wie hast Du das eigentlich alles geschafft?**

Ich bin ja nicht alleine. Die Mitarbeiter\*innen der Landtagsfraktion unterstützen mich, bereiten Schwerpunkte auf und ich arbeite innerhalb einer sehr solidarischen Fraktion. Klar, es braucht ein gut strukturiertes Zeitmanagement, Familie und Freundeskreis müssen verständnisvoll sein. Das alles habe ich zum Glück. Und nicht zu vergessen: Meine beiden Wahlkreismitarbeiter in Ostprignitz-Ruppin und Dahme-Spreewald.

**Du wohnst mit Deiner Familie in Neuruppin und bist dort auch gut politisch vernetzt. Worum hast Du Dich da vor allem gekümmert?**

Ich bin u.a. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ruppiner Kliniken GmbH. Die Klinik ist in kommunaler Hand und der größte Arbeitgeber

in unserer Region. Corona hat auch hier Spuren hinterlassen und das Management nimmt viel Zeit in Anspruch. Der direkte Kontakt zu den Mitarbeiter\*innen ist mir wichtig – auch um zu überprüfen, welche Auswirkungen die Gesundheitspolitik vom Bund über das Land bis in den Landkreis hat und wo dringend nachgesteuert werden muss.

**Rückblickend auf die letzten 30 Monate – was war ein politischer Glücksmoment für Dich, also etwas durchgesetzt zu haben?**

Ich bin froh, dass wir im vergangenen Jahr die geplanten und sehr einschneidenden Kürzungen im sozialen Bereich des Landeshaushaltes in großen Teilen verhindert haben – und zwar gemeinsam mit den Betroffenen. Außerdem ist es uns gelungen, dass die Medizinische Hochschule Brandenburg jetzt dauerhaft vom Land finanziert wird.

**Anträge der Linksfraktion werden von der Koalition meist ins politische Aus geschossen – oft mit dünnen Begründungen. Worüber warst Du besonders zornig?**

Wir haben alles versucht, das erfolgreiche Projekt der Schulgesundheitsfachkräfte zu retten. Dazu haben wir uns in den Ausschüssen stark gemacht, Demos organisiert, Anträge für Landtagssitzungen geschrieben. Alles ver-

gebens. Die Kenia-Koalition hat das Projekt beerdigt – gegen jede Vernunft und alle gegebenen Versprechen. Andere Bundesländer bauen sowas auf und Brandenburg schafft ab. Ja, das macht mich wütend.

**Was willst Du in der verbleibenden Zeit bis zur nächsten Landtagswahl 2024 noch unbedingt in Angriff nehmen?**

Wir arbeiten intensiv für einen landesweiten Krankenhausverbund. So könnte man die gesundheitliche Versorgung im ganzen Land sichern, kommunale Kliniken stärken und privatisierte Krankenhäuser wieder zurück in die öffentliche Hand holen. Das braucht Kraft und Zeit, aber es gehört zu meinen Zielen.

**Bleibt Dir bei alldem eigentlich auch noch genug Zeit für Deine Familie?**

Familienzeit war und ist bei aller Politik für mich unersetzbar. Unsere gemeinsamen Urlaube sind heilig! Ich fahre auch sehr gerne Drachenboot oder paddele auf dem Neuruppiner See.

Aber ja, leider ist es so, dass viele Wochenenden und Abende den politischen Terminen zum Opfer fallen. Wenn es zu viel wird, gibt es aber immer direkte Hinweise, und die nehme ich ernst.



# Ronny KRETSCHMER

## BILANZ

### **Zwei Jahre Pandemie – doch die Landesregierung hat nichts gelernt**

Gesundheits- und Pflegepolitik standen wegen des massiven Fachkräftemangels schon weit vor Corona im Mittelpunkt unserer parlamentarischen Arbeit. Allein in der Pflege fehlen bereits jetzt tausende Fachkräfte und der Bedarf steigt wegen der demographischen Entwicklung stetig. Hinzu kommt, dass viele während der Pandemie entkräftet ihren Beruf aufgaben.

Groß war deshalb die Hoffnung auf den von der Kenia-Koalition verkündeten „Pakt für Pflege“. Jährlich sollten 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und die unter einer linken Gesundheitsministerin begonnene Pflegeoffensive fortgeführt werden. Das Ergebnis war enttäuschend: 2020 floss fast gar kein Geld, 2021 wurde auf 24 Mio. Euro gekürzt und im Haushalt 2022 gab es weitere Kürzungen. Zudem fehlen die Förderrichtlinien. Ebenfalls ein Problem ist die Integration ausländischer Fachkräfte bei brandenburgischen Arbeitgebern – die Bearbeitungszeiten im zu-

ständigen Landesamt liegen oft bei mehr als 6 Monaten. Wir reichten deshalb Anfragen ein, setzten Tagesordnungspunkte im Gesundheitsausschuss, formulierten Anträge und drängten bei den Haushaltsberatungen auf die Einhaltung der Versprechen.

Leider wurden alle Anträge abgelehnt, so auch der für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege und der zur Zahlung einer Corona-Prämie für alle medizinischen Fachkräfte in Brandenburg. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gab es bei uns keine eigene Prämie.

Die ärztliche Versorgung auf dem Land war ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit. Der seit 2020 festgelegte Landeszuschuss für die kommunal getragene Medizinische Hochschule Brandenburg (MHB) ist unter anderem Erfolg der Linksfraktion. 2021 verließen die ersten Absolvent\*innen diese Universität und begannen ihre Facharztausbildung an brandenburgischen Kliniken. Scharf kritisierten wir, dass die unter Rot-Rot gegründete Fakultät für Gesundheitswissenschaften (FGW) mit den Kürzungen der Koalition im Haushalt 2022 nun zum „Sterben verurteilt“ wurde. Die Neugründung einer Universitätsmedizin in der Lausitz begleiten wir konstruktiv-kritisch. Der Erfolg dieser Initiative wird aber erst in 10 Jahren messbar sein.

Verhindern konnten wir, dass das Landarztstipendium ausläuft. Und erfolgreich war auch unser Versuch, ein kommunal getragenes Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Baruth (Mark) zu etablieren. Gemeinsam mit der linken Landrätin, Kornelia Wehlan, haben wir das Thema im Parlament und in den zuständigen Ausschüssen gesetzt. Eine Ausnahmegegenehmigung wurde erstritten und die Zusage, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu ändern, dass dieses Modell auch anderenorts übernommen werden kann.

Ein weiterer parlamentarischer Schwerpunkt ist die wirtschaftliche Lage der brandenburgischen Kliniken. Die hat sich unter Kenia nicht verbessert. Zwei kommunale Krankenhäuser in Lauchhammer und Senftenberg wurden mitten in Corona-Zeiten privatisiert.

Die Lehre aus der Pandemie muss aber sein: Das Gesundheitswesen gehört in öffentliche Hand, denn Gesundheit ist keine Ware! Dem entsprechend haben wir alle Streiks in den Kliniken unterstützt, insbesondere bei den Asklepios-Fachkliniken. Wir haben ein Diskussionspapier verabschiedet mit dem Ziel, private Gewinninteressen zurückzudrängen und die Kliniken mit einer neuen Landes-Krankenhausesellschaft zu unterstützen. Dies wird in den nächsten Jahren einer unserer Schwerpunkte sein.

## Ohne Moos nix los – doch seriöse Finanzpolitik geht anders

10 Jahre lang prägte linke Finanzpolitik das Land Brandenburg. Der Haushalt wurde saniert, die Einnahmen und Ausgaben gesteigert, Schulden abgebaut und Kommunen entlastet. Sogar Rücklagen haben wir aufgebaut. Ende 2019 betrugen sie rund 1,7 Mrd. Euro.

Mittlerweile hat sich die Finanzlage des Landes Brandenburg drastisch geändert, und dies nicht nur durch Corona. Anstatt gemeinsame Prioritäten zu setzen, hat die Kenia-Koalition es geschafft, die finanziellen Reserven in kürzester Zeit für parteipolitische Prestigeobjekte aufzubrechen und neue Schulden zu machen – in Rekordhöhe. Noch im Dezember 2019 wurde ein kreditfinanziertes Sondervermögen von 1 Mrd. Euro gebildet, um so die ab 2020 geltende Schuldenbremse zu umgehen.

Wir haben grundsätzliche Kritik an der Schuldenbremse und beantragt, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Grundgesetzänderung einzusetzen. Wie richtig dies war, zeigt die Finanzpolitik der Kenia-Koalition. Corona stellte das Land vor besondere Herausforderungen. Und ja, auch wir trugen eine Politik mit, die auf dem Versprechen des Ministerpräsidenten beruhte, wonach niemand in der Pandemie um seine Existenz fürchten muss. So stimmten wir im April 2020 einem Nachtragshaushalt von 2 Mrd. Euro zu, der die

finanziellen Folgen der Pandemie mit Krediten auffangen sollte.

Enttäuscht mussten wir jedoch feststellen, dass dafür gerade einmal 615 Mio. Euro verwendet wurden. In jeder Parlamentssitzung forderten wir weitere Maßnahmen im Rahmen dieses Rettungsschirms – seien es Corona-prämien für systemrelevante Berufe, Hilfe für Sozialleistungsempfänger\*innen, Unterstützung für Krankenhäuser oder Sozialverbände, für Kulturschaffende oder für die Wirtschaft. Alles wurde abgelehnt.

Gleiches wiederholte sich 2021: Erneut nahm die Koalition rund 2,9 Mrd. Euro Sonderkredite auf. Trotzdem fehle es angeblich an Geld, um unsere Forderungen nach einem sozialen, ökologischen und gerechten Brandenburg umzusetzen.

Dieses Argument wird von der Koalition auch gebetsmühlenartig wiederholt, wenn wir gegen Sozial-Kürzungen argumentieren, gegen die Abschaffung der Ehrenamtszuschale, die Streichung der Schulkrankenschwestern oder die erneute Verschiebung der Kita-Beitragsfreiheit. Doch es ist offensichtlich falsch: Es fehlt nicht an Geld. Es mangelt an den richtigen Prioritäten und am Willen, weitere Einnahmen zu erzielen – etwa durch eine Vermögenssteuer oder eine Gewinnabgabe für die Profiteure der Krise. Beides haben wir beantragt. Und die Koalition hat abgelehnt.

A portrait of a woman with short brown hair and glasses, wearing a dark blazer over a blue sweater. She is standing against a dark blue background. The text is overlaid on the left side of the image.

***« Die Menschen müssen  
den Strukturwandel als  
ihre Sache erleben. »***

# Anke SCHWARZENBERG

## INTERVIEW

**Liebe Anke, Du warst in der letzten Wahlperiode im Landtag sehr engagiert in der Enquete-Kommission für die ländlichen Räume – es ging darum, was die Politik für ein gutes Leben auf dem Land tun kann. Was sind für Dich die wichtigsten Punkte, die ein Dorf oder eine Kleinstadt lebenswert machen?**

Zum Wohlfühlen braucht es nicht viel. Eine Wohnung, in der Nähe die Dinge des täglichen Bedarfs, ein Arzt, Kita und Schule und natürlich auch Sport- und Kulturangebote. Jedes Dorf und jede Kleinstadt in Brandenburg muss eingebunden sein in ein Verkehrsnetz, man muss auch Bus und Bahn nutzen können, wenn man auswärts arbeitet. Dann kann man auf das Auto verzichten.

**Nun hat ja die Kenia-Koalition die Empfehlungen der Kommission ziemlich stiefmütterlich behandelt. Viele wurden nur teilweise, viele überhaupt nicht umgesetzt. Was muss die Landespolitik**

**jetzt machen, um den ländlichen Raum zu unterstützen?**

Die Enquetekommission hat angestrengt gearbeitet und Handlungsempfehlungen vorgelegt, die man nur umsetzen muss. Und natürlich können auch neue Ideen dazukommen. Für die Teilhabe der Menschen auf dem Land ist es wichtig, dass sie alles, was sie benötigen, schnell erreichen können – einschließlich dem Sportplatz im Nachbardorf und der Party in der nahen Stadt. Das ist der Maßstab für ein gutes Leben auf dem Land, danach muss die Landesregierung sich richten.

**Du selbst lebst in der Lausitz und bist in der Linksfraktion für diese Region zuständig. Die Kohle geht, etwas Neues kommt – und vieles ändert sich. Diesmal soll es kein Strukturbruch werden, sondern ein Wandel, der die Menschen mitnimmt. Wird das gelingen?**

Der Strukturwandelprozess wird gemeinsam von regionalen Akteuren und dem Land gesteuert. Das ist schon mal gut. In Werkstätten zu unterschiedlichen Themen werden Projekte erarbeitet und bewertet. Auch das sehe ich positiv.

Aber aus meiner Sicht reicht die Bürgerbeteiligung, auch die Kinder- und Jugendbeteiligung, nicht aus. Ein richtig durchdachtes Beteili-

gungskonzept gibt es nämlich nicht. Es fehlen Kriterien, an denen man messen kann, warum dieses Projekt ausgewählt wurde und jenes nicht. Es gibt also noch eine ganze Menge zu tun. Nur wenn die Menschen den Strukturwandel als ihre Sache erleben und mitgestalten können, dann wird er auch erfolgreich.

**Die Lausitz ist nicht nur Dein Arbeitsgebiet, sondern auch Deine Heimat. Wenn Du es Dir wünschen könntest: Wie sähe es dort in 20 Jahren aus?**

Ich lebe seit meiner Kindheit in der Lausitz und fühle mich hier heimisch. Seit dieser Zeit hat sich sehr viel verändert – manches zum Guten und manches zum Schlechten. Ich hoffe, in 20 Jahren wird die Lausitz als eine weltoffene Region wahrgenommen, es kommen viel Touristen, die Arbeitslosenquote ist ganz niedrig und viele Menschen schauen erstaunt auf das, was in der Lausitz alles geschieht.

**Die Arbeit als Abgeordnete ist zeit- aufwändig und oft anstrengend. Was machst Du, um zu entspannen?**

Ich lese sehr viel und laufe sehr gern durch die Landschaft.

# Anke SCHWARZENBERG

## BILANZ

### **Den Strukturwandel zusammen mit der Lausitz gestalten**

Die neue Ampel-Regierung beschleunigt den Kohleausstieg auf 2030. Umso wichtiger ist, dass die Landesregierung mehr Unterstützung vom Bund einfordert. Nötig ist ein verlässlicher Rahmen für die Wirtschaft, Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme und die Beteiligung der Beschäftigten. Besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen brauchen Finanzhilfen, um gute Arbeitsbedingungen mit Tariflöhnen in den erneuerbaren Energien zu schaffen, ebenso in der Wasserstoffwirtschaft und der Technik-Forschung, im Gesundheitswesen und im Tourismus. EU-Gelder müssen die Betriebe endlich erreichen, statt im Haushalt von Bund und Land zu versickern.

Der Strukturwandel braucht Mitwirkung und Akzeptanz der Lausitzerinnen und Lausitzer statt Regierungs-Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg. Einer unserer ersten Anträge sah die Einrichtung von Bürgerräten und Bürgerbeteiligungs-Büros vor. Die Koalition lehnte den Antrag erwartungsgemäß ab. Doch immerhin führte unser Druck dazu, dass heute

Vereine, Betriebe, Gewerkschaften und Kommunalvertretungen Projekte für den Strukturwandel vorschlagen, qualifizieren und zur Beschlussempfehlung an die Landesregierung weiterleiten – in fünf Themen-Werkstätten unter dem Dach der Wirtschaftsregion Lausitz. Dieser Werkstattprozess ist einmalig und bietet viel Potential. Doch bleibt noch viel zu tun. Wir drängen beispielsweise auf transparente und nachvollziehbare Kriterien, nach denen die Landesregierung die Vorschläge aus den Werkstätten beurteilt.

Viele Projektideen für den Strukturwandel scheitern bereits an fehlenden Eigenmitteln – etwa um die nötigen Gutachten zu erstellen. Viele Ideen aus überschuldeten Gemeinden erreichen deshalb nie den Werkstattprozess. Dabei ist mit insgesamt 10,3 Milliarden Euro bis 2038 schon eine Menge Geld für den Strukturwandel da. Wir schlagen deshalb ein Förderlotsensystem vor, damit jede Projektidee die Chance hat, ein passendes Förderprogramm zu finden.

Klotzen statt Kleckern muss die Devise für die nächsten Jahre sein. Mit viel Brimborium kündigt die Landesregierung immer neue Pläne für den Strukturwandel an. Doch von den bisher 50 bestätigten Projekten befindet sich noch kein einziges in der Umsetzung – Stand Januar 2022.

Bis 2030 sind es noch acht Jahre. Deshalb schauen wir der Landesregierung regelmäßig auf die Finger: Mit Anfragen und Anträgen, im

Plenum und in den Ausschüssen, zusammen mit Gewerkschaften und Betrieben, mit Vereinen und den Menschen aus der Lausitz für die Lausitz – damit wir zusammen den Strukturwandel zum Erfolg machen.

## Alle Regionen voranbringen

Anders als die Kenia-Koalition wollen wir Strukturplanung nicht nur verwalten und auf Sicht fahren, sondern sie aktiv als Instrument nutzen, um gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen. Sie ermöglicht eine frühzeitige, vorausschauende Planung neuer Siedlungen, Radwege, Schienen, Straßen oder auch Gewerbegebiete. Sie kann die Kooperation zwischen den Kommunen fördern, um die Daseinsvorsorge zu sichern, Anregung und Ideengeber sein für mehr Mobilität im ländlichen Raum.

Dabei spielen die Regionalen Planungsgemeinschaften eine herausgehobene Rolle, was seitens der Landesregierung nicht immer erkannt wird. Strukturentwicklung muss man steuern, man kann sie nicht dem Zufall überlassen, eine ungleiche Entwicklung in den Regionen ist immer ein Anzeiger für Fehlentwicklungen. Deshalb sind Regionale Entwicklungsstrategien, die gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden, unabdingbar.

## Den Dörfern eine Stimme geben!

In der vergangenen Wahlperiode hat eine Enquetekommission des Landtags zahlreiche Vorschläge zur Stärkung des ländlichen Raumes in Brandenburg erarbeitet. Nun wollten wir wissen, wie weit die Kenia-Koalition diese Empfehlungen umgesetzt hat. Der Koalitionsvertrag ist bei diesem Thema nämlich recht unverbindlich. Also haben wir eine Große Anfrage dazu gestellt; insgesamt 274 Empfehlungen haben wir abgefragt. Mit durchwachsenem Ergebnis: Immerhin rund ein Drittel der Vorschläge wurde umgesetzt oder ist in Arbeit. Bei über 40 Prozent blieb die Antwort der Landesregierung so vage, dass nicht klar wird, ob die Umsetzung nun geplant ist oder nicht. Ganze 12 Prozent der Empfehlungen hat sie sogar ausdrücklich abgelehnt.

Unsere Aufgabe in der Opposition wird es sein, weiterhin nachzuhaken. Für dieses Jahr ist das Parlament der Dörfer geplant – hier wollen die Menschen aus den Dörfern wissen, was aus den Empfehlungen geworden ist.

## Tourismus braucht Perspektive und Unterstützung

Seit nunmehr fast zwei Jahren befindet sich der Tourismus in Brandenburg pandemiebedingt in einer schweren Krise. Der Einbruch

der Übernachtungszahlen und der Besuche in Cafés und Gaststätten führt zu einem erheblichen Umsatzverlust. Immer mehr Beschäftigte verlassen das Gewerbe und suchen sich neue Arbeit in anderen Branchen. Ausbildungsstellen können nicht mehr besetzt werden.

Vor allem kleine, familiengeführte Tourismus-Betriebe geben auf und finden keine Nachfolge. Wir haben deshalb mehrfach beantragt, den Betroffenen zusätzlich zu den Hilfen des Bundes einen existenzsichernden Unternehmerlohn von 1.500 Euro aus Landesmitteln zu zahlen.

Mit unserem Antrag „Den regionalen Tourismus in Brandenburg stärken“ wollen wir den Tourismus-Unternehmen neue Perspektiven ermöglichen. Wir wollen die zwölf Reiseregionen in Brandenburg stärken, die Leistungsfähigkeit von Infrastruktur und Marketing-Organisationen erhalten und die Digitalisierung vorantreiben. Regionale und überregionale Vernetzung müssen verdichtet und regionale Wertschöpfungsketten aufgebaut werden.

Um Fachkräfte zu halten, bedarf es guter Arbeitsbedingungen und mehr Tarifbindung. Deshalb fordern wir eine Qualitäts- und Tarifoffensive für den Tourismus. Ohne gute Löhne werden wir dem Fachkräftemangel nicht begegnen und zu wenig Nachwuchs ausbilden – und folglich auch keine hochwertigen Angebote bereitstellen können.

A portrait of a woman with shoulder-length brown hair and blue eyes, wearing a black top. She has her arms crossed and is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a dark blue gradient.

**«Mieten sind eines der  
drängendsten Probleme  
unserer Zeit.»»**

# Isabelle VANDRE

## INTERVIEW

**Liebe Isabelle, die Mietenpolitik ist aktuell in aller Munde und es gibt viel zu tun. Wie schaffst Du es, dabei die anderen Politikbereiche in Deiner Verantwortung nicht aus dem Fokus zu verlieren?**

Die Mietpreise zählen mittlerweile zu den drängendsten sozialen Problemen unserer Gesellschaft. Deswegen ist die Mietenpolitik zu Recht in der Öffentlichkeit so präsent. Dabei steht die Frage, wie und wo wir leben, in einem unmittelbaren Zusammenhang mit nahezu allen anderen Themen, die wir im Landtag diskutieren. Studierende beispielsweise brauchen günstigen Wohnraum, um auch ohne reiche Eltern ein Studium aufnehmen zu können. Und der Zugang zu Kultur darf keine Wohnortfrage sein. Das trifft genauso auf soziale Brennpunktviertel wie auf kleine Dörfer zu.

**Gab es einen politischen Glücksmoment für Dich, in den letzten 30 Monaten?**

Glücksmomente habe ich immer, wenn ich auf Menschen treffe, die sich mit viel Leiden-

schaft und Kreativität für ein solidarisches Zusammenleben einsetzen. Und davon gibt es so viele in Brandenburg: Geflüchteten-Initiativen, Stadtteilnetzwerke, Klimaaktivist\*innen, Jugendverbände, Künstler\*innen etc. Sie zeigen, dass Veränderungen im Kleinen beginnen und eine Ellenbogengesellschaft keine Selbstverständlichkeit sein muss.

**Und etwas, über das Du Dich wahnsinnig geärgert hast?**

Mich ärgert, wenn alle sich in Problembeschreibungen eingig sind, daraus aber kein Handlungswille erwächst. Das haben wir immer wieder in den Debatten über die Corona-Folgen erlebt. Ob bei Kindern und Jugendlichen, bei der Unterstützung für Studierende oder den Kulturhilfen: Überall war klar, dass es langfristiger und nachhaltiger Lösungen bedarf. Reale Lösungen kamen von den Koalitionsfraktionen jedoch nicht – und unsere Vorschläge haben sie schlicht abgelehnt.

**Dein Wahlkreis ist unsere Landeshauptstadt Potsdam, in der Du bis in die Stadtgesellschaft hineinwirken kannst und gut vernetzt bist. Welche besonderen Herausforderungen hat die Wahlkreisarbeit für Dich?**

Potsdam hat eine unglaublich aktive Zivilgesellschaft. Das ist großartig, aber auch not-

wendig, weil hier viele Konfliktlinien aufeinandertreffen. Dreh- und Angelpunkt ist meist die Stadtentwicklung – also steigende Mietpreise, Verdrängung, Wachstum, neue Bauvorhaben und Nutzungskonflikte. Die Herausforderung für mich ist es, an all den parallel stattfindenden Diskussionen dranzubleiben und die Arbeit der vielen wichtigen Initiativen, Vereine und Projekte mit meinem Abgeordnetenmandat zu unterstützen.

**Vom Rückblick zum Ausblick: Was hast Du Dir für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorgenommen?**

Mein wichtigstes Ziel ist es, dass die Mieter\*innen endlich in den Mittelpunkt der Brandenburger Mietenpolitik gerückt werden. Es ist doch absurd, dass die Eigentums- und Profitinteressen der Wohnungsunternehmen höher zu wiegen scheinen als das Grundrecht auf Wohnen. Das muss sich ändern – durch die dauerhafte Sicherung von sozialem Wohnraum und durch mehr und wirksameren Schutz von Mieter\*innen.



# Isabelle VANDRE

## BILANZ

### **Wohnen muss bezahlbar bleiben**

Für viele Menschen in Brandenburg wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Nicht nur im Berliner Umland sind Mieten und Grundstückspreise in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Während die Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode die Augen vor diesen Entwicklungen verschließt, kämpfen wir unermüdlich für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum.

Leider nutzt die Kenia-Koalition noch nicht einmal die bestehenden Möglichkeiten des Bundesrechts: Sie weigert sich bis heute, es den Kommunen durch eine Richtlinie zu ermöglichen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Und statt die Mietpreisbremse in betroffenen Kommunen auszuweiten, ließ sie sie in 16 von 31 Städten und Gemeinden auslaufen.

Gleichzeitig sinkt stetig die Zahl der Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung, wie unsere Anfragen im Parlament zeigen. Damit werden die Türen für unkontrollierbare Mieterhöhungen und Verdrängung geöffnet. Echter Mieter\*innen-Schutz sieht anders aus. Wir

haben daher mit den Betroffenen für die Verlängerung der Mietpreisbremse in ihren Kommunen gekämpft und machen uns stark für eine Soziale Wohnungsbau-Offensive – d.h. wir fordern, die Kürzungen von 45 Mio. Euro in diesem Bereich zurückzunehmen und wollen die Förderrichtlinie überarbeiten.

Wir wollen, dass die Belegungsbindung für geförderten Wohnraum verlängert, Wohneigentum nur noch für gemeinwohlorientierte Projekte und Träger gefördert und die Zuschussanteile ggü. den Darlehen deutlich erhöht werden. Wohnraumförderung soll künftig im ganzen Land anwendbar sein – damit wollen wir auch die Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen auf dem Land unterstützen. Denn Sanierung, Klimaschutz und Barrierefreiheit stellen auch sie vor Herausforderungen; sie dürfen nicht dazu führen, dass Menschen sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können.

In einem „Handbuch Wohnungspolitik“ haben wir die Probleme im Land analysiert und Schritte hin zu einer sozialeren Mieten-, Bau- und Bodenpolitik vorgestellt.

### **Mehr Gerechtigkeit und Demokratie für die Hochschulen**

Befristete Beschäftigungsverhältnisse, unsichere Karriereplanung und Stress sind für einen Großteil der Wissenschaftler\*innen an den Hochschulen Alltag. Wir wollen das än-

dern und setzen uns daher für mehr unbefristete, sichere Jobperspektiven in der Wissenschaft ein. Wir wollen, dass sich alle in den Hochschulen auf Augenhöhe begegnen und Abhängigkeiten durchbrochen werden. Die Hochschulen sollen demokratischer werden und mehr Zeit für Lehre, Forschung und eigene Qualifizierung bieten.

Auf unsere Initiative hat der Landtag gleich Anfang 2020 den Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ beschlossen. Darin diskutieren Vertreter\*innen aus Hochschulen und Gewerkschaft u.a., wie mehr unbefristete Stellen und verlässlichere Karrierewege geschaffen oder Familienfreundlichkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Diskriminierungsfreiheit und Mitbestimmungsrechte besser verankert werden können. In der zweiten Hälfte der Legislatur wird entscheidend sein, welche der Vorschläge Eingang in die Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes finden. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass nicht die Herkunft entscheidet, ob jemand ein Studium beginnen kann. Daher ist es wichtig, finanzielle Hürden abzubauen und die soziale Lage von Studierenden zu verbessern. Wir haben daher mehrmals die Abschaffung der versteckten Studiengebühren gefordert, kämpfen an der Seite der Studierenden für die Deckelung des Semestertickets auf 365 Euro pro Jahr und fordern mehr Platz in den Studierenden-Wohnheimen.

Auch auf die Studierenden hatte Corona massive Auswirkungen. Viele haben ihre Jobs ver-

loren, die Hilfen von Bund und Land gingen an den Bedürfnissen vorbei. Nicht nur deshalb muss sich Brandenburg auch für eine zügige Bafög-Reform einsetzen.

### „Ohne Kultur wird es still“

Dieser in der Pandemie aufgekommene Ausruf zeigt, wie wichtig Kultur für uns ist. Denn Kultur bietet Raum zum Hinterfragen und Mitmachen, Kritisieren und Aushandeln, zum Entdecken und vielem mehr. Für uns ist der Zugang zu Kultur daher ein Recht für alle. Um es zu gewährleisten, müssen wir dafür sorgen, dass die Kulturlandschaft auf stabilen Füßen steht. Dazu gehört neben Geld für die Großen – wie dem Hans-Otto-Theater oder dem Staatssorchester Frankfurt (Oder) – auch die Unterstützung der Kleinen – also der freien und subkulturell geprägten Einrichtungen.

Daher haben wir beantragt, die kulturpolitische Strategie des Landes zu überarbeiten, und u.a. die bessere Finanzierung der Freien Theater gefordert. Auch die am Bedarf vorbeigehenden Corona-Hilfen von Bund und Land z.B. für die Festivalszene haben wir kritisiert. Wir wollen, dass die Landesregierung endlich mit den Veranstalter\*innen klärt, wie Veranstaltungen unter Pandemiebedingungen möglich sind. Das bekommt sie trotz aller Debatten und Anträge seit anderthalb Jahren nicht hin. Den 75. Jahrestag der Befreiung von der NS-Herrschaft haben wir 2020 genutzt, um über

die Zukunft des Gedenkens zu diskutieren. Wir sind überzeugt, dass die lokale Erinnerung an Bedeutung gewinnen muss. Nur so kann vermittelt werden, wie stark Rassenwahn und Vernichtungspolitik die Gesellschaft durchdrungen hatten. Besonders wichtig sind dabei die meist ehrenamtlichen Initiativen vor Ort. Wir wollen deren Arbeit unterstützen und sichern. So haben wir u.a. gefordert, das Projekt ÜberLAGERt des Landesjugendrings fortzusetzen.

Inner- wie außerhalb des Parlaments haben wir uns dafür eingesetzt, die erfolgreiche Volksinitiative „Keine Geschenke den Hohenzollern“ anzunehmen. Auch wenn sie formal abgelehnt wurde, hat die Debatte doch dazu geführt, dass der Landtag sich hinter die Wissenschaftler\*innen und Journalist\*innen stellte, die vom Haus Hohenzollern verklagt worden waren. Er hat außerdem noch einmal bekräftigt, dass die Hohenzollern bei „erheblicher Vorschubleistung für den Nationalsozialismus“ keinen Anspruch auf Entschädigung haben.



« *Die Wirtschaft muss dem  
Gemeinwohl dienen.* »

# Sebastian WALTER

## INTERVIEW

**Sebastian, du bist seit 2019 im Landtag. Deinen Job als Gewerkschaftssekretär hast Du eingetauscht. Schlagen zwei Herzen in deiner Brust?**

Wenn man einmal Gewerkschafter ist, dann bleibt man das auch. Ich habe mit vielen Menschen gemeinsam für eine konkrete Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse gekämpft. Diese Erfahrungen kann mir keiner nehmen. An manchen Tagen hilft mir die Erinnerung daran, den Fokus nicht zu verlieren. Und es erdet Dich. Ich verstehe mich auch als Gewerkschafter im Parlament – ich streite jetzt im Plenum für dieselben Themen.

**Wo besteht aus Deiner Sicht der größte Handlungsbedarf im Feld Arbeit und Soziales in Brandenburg?**

Wir haben in Brandenburg den größten Niedriglohnsektor in Deutschland. Jeder Dritte arbeitet für Löhne, von denen man seine Rechnungen kaum bezahlen kann. Und in der Pandemie ist die Armut weiter gestiegen – immer mehr Menschen sind auf Unterstützung angewiesen.

Gleichzeitig fördert das Land weiterhin Konzerne wie z.B. Tesla, ohne Bedingungen an gute Löhne oder betriebliche Mitbestimmung zu stellen. Das kann nicht sein! Der Mittelstand ist hart getroffen und die Landesregierung erkennt das nicht einmal an. Hilfen gibt es weiterhin keine, obwohl andere Länder zeigen, wie es geht. Die vermeintliche Gewinnerregion schafft gerade viele Verlierer.

**In der Fraktion bist Du auch für Wirtschaft zuständig. Was zeichnet linke Wirtschaftspolitik für Dich aus?**

Dass sie nicht nur Unternehmenspolitik ist. Eine gute Wirtschaft muss dem Gemeinwohl dienen, nicht nur wenige Geldbeutel füllen. Ich habe großen Respekt vor jedem Selbstständigen, weil er auch für seine Beschäftigten Verantwortung übernimmt. Das muss gefördert werden, weil nur so Fortschritt möglich ist.

Aber wir brauchen einen Umbau der Wirtschaft – wir können keine Profite mehr auf dem Rücken der Beschäftigten oder der Umwelt machen. Das zu organisieren, ist Aufgabe linker Wirtschaftspolitik.

**Rückblickend auf die letzten beiden Jahre: Was war der größte politische Erfolg in diesem Bereich?**

Ohne uns würde es den Vergabemindestlohn von 13 Euro nicht geben. Er schafft faire Löhne

und Wettbewerbsgleichheit für Unternehmen. Es kann nicht sein, dass Unternehmer, die gut zahlen, bestraft werden, weil der Lohndumper den Zuschlag bekommt.

Und wir haben die Regierung zum Handeln für die Klein- und Mittelständler gezwungen. Zumindest sehen sie jetzt die Probleme von z.B. Soloselbstständigen. Das wäre ohne uns nicht einmal Thema gewesen.

**Du bist nebenher mit Leib und Leben Kommunalpolitiker in Eberswalde. Warum ist Dir das so wichtig?**

Ich glaube, dass Politik erst vor Ort wirklich wirken kann. In meiner Stadt sehe ich, wie die Landesregierung die Kommunen im Stich lässt. Sei es der Kita-Ausbau oder der Nahverkehr. Die Themen nehme ich von zuhause mit und bringe sie im Landtag zur Sprache. Der Kampf für das Arbeitsgericht in Eberswalde hat auch deshalb funktioniert, weil wir gemeinsam mit allen Beteiligten Druck machen konnten.

Ich bin dafür gewählt, Probleme der Menschen zu lösen, und die erfährt man am besten durch Gespräche in Betrieben, in Vereinen oder einfach auf der Straße.

# Sebastian WALTER

## BILANZ

### **Die Wirtschaft muss den Menschen dienen**

Gute Arbeit und Gute Löhne sind die Grundbedingung für ein gutes Leben in Brandenburg. Immer noch arbeitet hier fast jeder dritte für einen Niedriglohn, eine Ost-West Angleichung ist nach wie vor weit entfernt. Die Ankündigung von Industrie-Ansiedlungen und wohlklingende Reden allein werden das Problem nicht beseitigen. Und der Mindestlohn muss wenigstens für Rentenansprüche reichen, die im Alter den Gang zum Sozialamt vermeiden – dafür sind auch 12 Euro noch zu wenig.

Auch deshalb müssen im Sinne Guter Arbeit Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt und nicht, wie geplant, auf Bundesebene durch Anhebung der Lohnuntergrenze ausgebaut werden. Wir müssen das Normalarbeitsverhältnis wieder voranbringen, denn das schafft Sicherheit und Planbarkeit. Menschen müssen von einer anstatt mehreren Beschäftigungen existieren können, um im Alter sorgenfrei leben zu können. Dazu tragen Tarifverträge, Tariftreue, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, demo-

kratische Mitbestimmung im Betrieb und faire Bezahlung erheblich bei. Daher haben wir im April 2021 einen Antrag zur Stärkung der Tarifbindung eingebracht.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Sinne von Guter Arbeit war die Erhöhung des Vergabemindestlohns im Mai 2021 auf 13 Euro. Jedoch weigert sich die Koalition bis heute, unserer Forderung nach einer Tariftreueklausel nachzukommen. Ebenso ist sie nicht gewillt, die Einhaltung des Vergabemindestlohns überhaupt zu überprüfen. Dabei muss gelten: Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit. Die Tesla-Ansiedlung macht es deutlich – wir sollten Unternehmen nur fördern, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden. Dazu zählen Mitbestimmung und Gute Löhne – die Zeit der Niedriglöhne muss endlich vorbei sein.

Zum Sozialen Arbeitsmarkt haben wir bei der Landesregierung wiederholt nachgebohrt. Wir wollen dieses Instrument auf Landesebene einführen und Menschen dadurch neue Perspektiven in Arbeit ermöglichen. An diesem Thema bleiben wir auch 2022 dran.

Über 90 Prozent der Unternehmen im Land haben weniger als fünf Beschäftigte. Diese kleinteilige Wirtschaft schafft Möglichkeiten, birgt aber auch Risiken. Gerade deshalb bleiben wir dabei, dass die Corona-Wirtschaftshilfen völlig unzureichend sind. Andere Länder haben es vorgemacht: Brandenburg hätte besonders

Kleinunternehmen und Soloselbstständige stärker unterstützen müssen. Immer wieder hat das Land die Verantwortung auf den Bund abgeschoben. Das nehmen wir nicht hin.

Auch die Fachkräftegewinnung ist eine Mammutaufgabe. Wir wollen gerade das Handwerk attraktiver machen: Die Meisterausbildung soll kostenfrei, Betriebsübergänge stärker gefördert werden. Hier können Genossenschaften eine gute Alternative bilden. Gleichzeitig bekommen wir neue Fachkräfte nur, wenn Unternehmen, die ausbilden, stärker unterstützt werden, um gute Ausbildung und gute Gehälter auch in Zukunft zu sichern.

Industriearbeitsplätze sind immer noch das Fundament der Wirtschafts-Entwicklung. Wir wollen die vorhandenen sichern und neue schaffen. Das kann nur gelingen, wenn sie nachhaltig sind, und deshalb ist die Transformation der Industrie eine unserer Hauptaufgaben. Sie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden und muss staatlich begleitet werden. Der Ausbau der Wasserstoffwirtschaft kann dafür eine wichtige Grundlage sein.

Brandenburg war bisher Spitzenreiter in der Produktion erneuerbarer Energien. Aber ausreichen wird das Erreichte für die kommende Transformation nicht. Wir brauchen den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land. Er wird aber nur gelingen, wenn die Akzeptanz

auch vor Ort gesichert ist. Unter Rot-Rot haben wir mit der Einführung des „Windkraft-Euros“ erste Wegmarken gesetzt, doch bei denen darf es nicht bleiben. Die Gewinne aus jedem neuen Windrad und jeder neuen Solaranlage müssen zum Teil genutzt werden, um zum Beispiel Kitas und Schulen an ihrem Standort zu finanzieren. Dann bleibt nicht nur die Belastung am Ort, während die Profite abfließen.

### **Der BER bleibt ein Sorgen-Flughafen**

Auch im Flugverkehr gab es viel zu tun: Zum Schutz der Anwohner\*innen rund um den BER haben wir uns unermüdlich für eine Fortsetzung der Fluglärmberatung und für die Überprüfung und Neufestsetzung der Schallschutz- und Entschädigungsgebiete eingesetzt. Denn seit Eröffnung des Flughafens sind viele Gemeinden deutlich stärker als erwartet von Fluglärm betroffen. Dennoch schiebt die Landesregierung die verpflichtende Auswertung des Schallschutzprogramms auf die lange Bank.

Wir haben uns daher für weniger Lärm durch passiven und aktiven Schallschutz starkgemacht und wollen erreichen, dass die Betroffenen Baumaßnahmen einfacher beantragen und umsetzen können. Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, ein seit langem erfolg-

reich abgeschlossenes Volksbegehren umzusetzen und Nachtflüge am BER konsequent zu verbieten. Die Gesundheit der Menschen darf nicht den Profitinteressen von Airlines oder der Flughafengesellschaft geopfert werden – sei es durch lukrative, aber unnötige Nachtflüge oder durch veränderte Flugrouten, die zusätzlich Lärm verursachen.

Die finanzielle Schieflage der Flughafengesellschaft beobachten wir aufmerksam; regelmäßig haben wir von der Geschäftsführung Rechenschaft eingefordert. Zu unserem Verständnis hat die Koalition den Sonderausschuss zum BER aufgelöst und so für noch mehr Intransparenz gegenüber Landtag und Öffentlichkeit gesorgt. Im Unterausschuss zum Haushalt der Flughafengesellschaft stellen wir weiterhin kritische Fragen, damit die Corona-Pandemie nicht als General-Sündenbock für jegliche Schwierigkeiten am Flughafen durchgeht.

Wir werden weiterhin dafür streiten, dass der Flughafen ein taugliches Zukunftskonzept bekommt und am Ende doch noch zu einem Wachstumsmotor für die Region wird. Das geht nicht ohne gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Denn obwohl die Geschäftsführung hohe Gehälter und Bonuszahlungen erhält, wurden Mitarbeiter\*innen in Kurzarbeit schickt, während andere unter zu hoher Arbeitsbelastung leiden.

## IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam  
Tel: 0331/966 1501  
Fax: 0331/966 1505  
E-Mail: [geschaeftsstelle@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:geschaeftsstelle@linksfraktion-brandenburg.de)  
V.i.S.d.P.: Thomas Domres, Parl. Geschäftsführer

Gestaltung: agentur one, Stefan Escher  
Fotos: agentur one, Stefan Escher  
Auflage: 8.000 Exemplare  
Klimaneutral gedruckt bei ARNOLD group mit mineralölfreien Bio-Farben auf FSC®-zertifiziertem Papier.  
Darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.





